

Danziger Zeitung.

Nr 17987.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Reiterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile ober deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1889.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Paris, 12. Nov. (W. I.) Eine Proclamation des bürgerlichen Centralcomité's rief den Pariser an, sich jeder Kundgebung bis zur Billigkeits-erklärung der Wahl Joffrins (der in Montmartre für gewählt proclamirt worden ist, nachdem die Stimmen für Boulanger für ungültig erklärt worden waren) zu enthalten. Die bürgerlichen Journale rufen gleichfalls von allen Kundgebungen ab. Es wird behauptet, einige Parteiführer seien für eine sofortige Kundgebung, um die Schritte der Delegierten von Montmartre zu unterstützen, welche dem Kammerpräsidenten einen Protest gegen Joffrins Wahl überreichen werden. Die Nachricht von der Abreise Boulangers von Terges wird dementirt.

London, 12. November. (W. I.) Aus Poona (Britisch-Indien) wird vom 11. November gemeldet: Als Prinz Albert Victor (ältester Sohn des Prinzen von Wales) heute Nachmittag eine Anhöhe bei Poona besuchte, kam sein Elephant zu Fall; der Prinz blieb unverletzt. Als der Prinz später nach dem Regierungsgebäude zurückkehrte, schenkte die Pferde. Der Prinz blieb auch hierbei unverletzt. Am Abend war die Stadt glänzend erleuchtet.

London, 12. Novbr. (Privattelegramm.) Der Berliner Correspondent des „Standard“ bringt aus besonderer Quelle Enthüllungen über Conserenzen Bismarcks mit dem Zaren und dem Grafen Rasnoff. Bismarck habe den Zaren, welchen die Stellung des Grafen Waldersee zum Kaiser Wilhelm beunruhigte, beruhigt. Deutschlands Stellung gegenüber Rußland und Oesterreich sei unverändert. Deutschland überlasse es Oesterreich, seine Interessen in Bulgarien zu verfolgen.

— Aus Melbourne wird gemeldet: Der Bericht über die Ermordung des Missionars Savage in Britisch-Neuguinea entbehrt jeder Begründung.

Athen, 12. Novbr. (W. I.) In der Deputiertenkammer antwortete heute der Premierminister Trikupis auf eine Interpellation Delannais, es sei nicht wahr, daß die Ausfuhr von Munitionen verboten worden sei. Das Verbot betreffe nur die dem Staate gehörenden Munitionen. Der Minister rath den Aretensern Mäßigung; das Cabinet beabsichtigt nicht, der Kammer die auf Areta bezüglichen Aktenstücke vorzulegen, und verlangt für die Regierung ein Vertrauensvotum. Im weiteren Verlauf seiner Rede erklärte Trikupis: Die hellenische Regierung sei allein Richter über die hellenischen Interessen im Orient. Nebenbei sprach Trikupis von der wenig wohlwollenden Stimmung der Pforte bei den Griechen-land berührenden Fragen und erklärte schließlich, die Regierung werde ihre Vorbereitungen und die Reorganisation der Finanzen fortsetzen, um eine festere Grundlage zu haben, wenn es gerathen ist, zu handeln. Rasch beschuldigte die Regierung, sie habe die Armee desorganisiert und sei mitschuldig an den Grausamkeiten der Türken auf Areta. (Ebhafte Proteste der Mehrheit.) Die Abstimmung wurde verschoben.

Politische Uebersicht.

Danzig, 12. November.

Aus dem Reichstage.

Daß der Reichstag gestern wieder beschlußunfähig war, bietet keinerlei Ueberraschung; ist er doch während dieser ganzen Session überhaupt nur selten beschlußfähig gewesen. Ein erhebendes Schauspiel ist dies wahrlich nicht. Der Cartellmeisterei, die diesen Reichstag beherrscht und es jetzt nicht der Mühe für werth erachtet, selbst bei den wichtigsten das Volkswohl betreffenden Fragen die Bänke des hohen Hauses in genügender Anzahl zu besetzen, verdankt man freilich noch Schlimmeres als dies. So mußte denn auch die gestrige Sitzung abgebrochen werden. Immerhin ist es wenigstens etwas Gutes, was gestern zu Stande gebracht wurde, wenn wir auch nicht vorlieb nehmen mit dem, was wir bekommen haben, und die noch nicht erfüllten Forderungen der freisinnigen Anträge auch in Zukunft zu befürworten haben. Den Organen der Cartellmeisterei sind diese Anträge offenbar sehr unbecommen gekommen und sie raisonniren ob der „agitatoren“ Tendenzen, welche die Antragsteller angeblich damit verbinden. Noch gestern Abend reproducirte die „Nordd. Allg. Ztg.“ mit dem offenkundigsten Wohlwollen einen Artikel der „Nölnischen Zeitung“, der nachweisen soll, daß der Antrag Richert wegen Beschränkung des Militärstrafverfahrens an sich ja recht gut und schön sei, daß aber der Antrag, so wie die Freisinnigen ihn eingebracht hätten, des nöthigen Enfses entbehre. Auf der zweiten Spalte mußte sie aber aus dem Reichstage berichten, daß der Antrag, daß die verabschiedeten Offiziere der Militärstrafgerichtsbarkeit nicht mehr unterworfen sein sollen, die Zustimmung der großen Majorität des Hauses gefunden habe. Angesichts der Neuwahlen haben sich die Phrasen der „Nöln. Ztg.“ als zu leichte Waare erwiesen. Das gleiche Schicksal hatten auch die Bedenken

gegen die vom Abg. Richert eingebrachte Resolution, welche die Regierung ersucht, mit thunlichster Beschleunigung dem Reichstage den Entwurf einer Militärstrafprozeßordnung vorzulegen, in welcher das Militärstrafverfahren mit den wesentlichen Formen des Strafprozesses umgeben wird.

Im zweiten Theil der Sitzung wandte sich die Discussion zum Antrag Richert-Hermes, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die bezüglichen Behörden die gesetzlichen Vorschriften des § 43 der Gewerbeordnung, des § 17 des Wahlgesetzes und der §§ 9 und 28 des Socialistengesetzes in Zukunft genau beobachten möchten. Nachdem Abg. Richert den Antrag motivirt hatte, erklärte Abg. Singer, mit den Bestimmungen an die Regierungen und den Bundesrath komme man überhaupt nicht weiter, nachdem neuerdings sogar die Fürsten Wahltagitation trieben, wofür Hr. Singer vom Präsidenten zur Ordnung gerufen wurde. Daß die Debatte schließlich einen ziemlich lebhaften Charakter annahm, ist schon in unserem telegraphischen Parlamentsbericht hervorgehoben worden. Ueber die Sitzung schreibt uns unser Berliner Correspondent noch Folgendes:

Bei der Erörterung über das Socialistengesetz ist sowohl außerhalb wie innerhalb des Reichstages vielfach auf eine Broschüre des Reichsanwalts Muser hingewiesen worden, welche nicht, wie das sonst üblich, mit unbewiesenen Behauptungen, vielmehr sogar mit unabweisbaren Behauptungen agirt. Umso mehr muß es auffallen, daß, als heute bei der Debatte über die Wahlfreiheit der Abg. Richert eine Reihe von Citaten aus der Muser'schen Broschüre verlas, der bairische Bundesrathsbevollmächtigte, Freiherr v. Marshall, außer Stande war, die Ausführungen Richerts zu controliren, so daß er sich, ehe er das Wort nahm, von Herrn Richert das der Muser'schen Broschüre entnommene Material behufs seiner Informirung entlieh. Wenn, wie es nach der Praxis der bairischen Polizei den Anschein hat, die Thatsache, daß ein Socialdemokrat der Einschmuggelung des bekannten Parteiorgans überführt ist, hinreicht, um demselben die Abhaltung jeder Versammlung unmöglich zu machen, so dürfen eigentlich socialdemokratische Versammlungen in Deutschland überhaupt nicht mehr stattfinden. Die Entgegnung des Herrn v. Marshall war unter diesen Umständen recht herzlich wenig überzeugend.

Strategischer Ausbau des Eisenbahnnetzes.

Die Frage, ob die Erörterungen über die Nothwendigkeit eines weiteren strategischen Ausbaues des Eisenbahnnetzes mit einer Vorlage der Regierung zusammenhängen, hat sehr schnell ihre Bejahung gefunden. In den Aussprüchen des Bundesraths finden bereits Erwägungen über eine bezügliche Vorlage statt, die der Natur der Sache nach sehr erhebliche Geldmittel in Anspruch nehmen muß. Erhebliche Ausgaben für das Eisenbahngebiet an der Oligrenze sind bisher nicht in Aussicht gestellt worden. Dagegen wird die Nothwendigkeit einer erheblichen Erweiterung der Linien an der Nordwestgrenze mit Rücksicht auf den Vorgang Frankreichs als besonders dringend dargestellt. Es scheint, als ob der Bundesrath bereits in der nächsten Plenarsitzung über die bezügliche Vorlage Beschluß fassen werde.

Angesichts dieser Sachlage erhalten — bemerkt dazu die „Nöln. Corr.“ — die Abtheile an dem Postbautenrat, die bekanntlich seitens des Abg. Hammerdam mit motivirt wurden, man müsse der Bauhüttigkeit Schranken setzen, weil sonst die Preise der Baumaterialien, die ohnehin schon gestiegen wären, eine für die wirtschaftliche Lage der Nation bedenkliche Höhe erreichen würden, den Charakter einer weißen Galbe; die Mittelpartei werden sich wohl auch vergeblich bemühen, auf eine schnelle Beendigung der Session hinzuwirken. Daß das nur zu dem Zweck geschieht, Forderungen, die man abzuheilen wagt, aus dem Wege zu gehen, liegt auf der Hand. Die Regierung hat es aber gar nicht so eilig; sie weiß, was der gegenwärtige Reichstag leisten kann und muß, wenn er recht angefaßt wird. Die Zusammenfassung des nächsten Reichstages vermag heute noch Niemand zu entzählen. Jedenfalls scheint die Regierung sich in dieser Hinsicht von gewissen Beschränkungen nicht ganz frei zu halten.

Der Nachtragset für die Wilmann-Expedition beläuft sich nach einer Berliner Meldung des „Zrh. Journals“ auf 1 950 000 Mk. Die zwei Millionen, welche der Reichstag bewilligt hatte, sind aufgebraucht. Die Lohnansprüche der Negers stellen sich doppelt so hoch, wie angenommen worden war; auch mußten 800 statt 600 angeworben, sowie die Weiber und Kinder der Schwarzen mitgenommen werden, was die Transportkosten erhöhte. Hierzu kommen die größeren Kosten für die Ausrüstung der Schiffe Wilmanns, endlich das Steigen der Kohlenpreise und die durch die Blockade hervorgerufene Vertheuerung aller Lebensmittel und Proviantgegenstände. Inzwischen hat sich die Nothwendigkeit ergeben, die Truppe um weitere 300 Schwarze zu verstärken und in Folge der stattgehabten Rämpfe zahlreiche Nachschübe von Offizieren, Mannschaften und Kriegsmaterial vorzunehmen. Der Betrag von 1 950 000 Mk. soll in den Etat von 1890/91 eingestellt werden und im Wege der Erhöhung der Matriculaturbeiträge Deckung finden.

Im wesentlichen sind diese Ausführungen, mit denen jetzt der Nachtragset für die Wilmann-Expedition begründet wird, schon in dem mehrfach erwähnten amtlichen Bericht Wilmanns vom 29. August enthalten, wo es heißt:

Da sämtliche Mitglieder der Expeditionsgruppe sich selbst verpflichten, so ist in dieser Beziehung keine Einsparung

zu machen. Die größten Unkosten sind mir erwachsen aus ungeklärten und kostspieligen Ausrüstungen und Leistungen meiner Schiffe. Die Schiffe, ganz besonders aber die „Harmonie“, haben einen unverhältnismäßig großen Kohlenverbrauch. Die Kohlen sind wiederum für mich pro Tonne um 31 Mark theurer geworden, als sie sonst in Danzig ständen. Beim Kostenanschlag in Deutschland war nicht vorauszuweisen, daß hier an der Küste durch den Aufwand sämtliche Preise um das Doppelte gestiegen waren.

Die Nachweisung über die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften.

pro 1888 ist dem Reichstage zugegangen. Die Zahl der Berufsgenossenschaften hat sich von 62 auf 86 erhöht, im Laufe des Rechnungsjahres sind hinzugekommen die Seefischbau- und 22 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften (von den überhaupte gebildet 48). Die Zahl der staatlichen Ausführungsbehörden ist von 48 auf 130 gestiegen. Außerdem haben sich für die als leistungsfähig erklärten Verbände 48 Provinzial- und Communal-Ausführungsbehörden organisiert, zusammen 118 Ausführungsbehörden. Neu hinzugekommen sind ferner mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Bauunfallversicherungsgesetzes 13 Versicherungsanstalten. 3 705 648,85 Mk. Entschädigungsbeträge und 3 486 729,13 Mk. laufende Verwaltungskosten sind 1888 gezahlt worden für 86 Berufsgenossenschaften mit 915 Sectionen, 929 Mitgliedern der Genossenschaftsvorstände, 5274 Mitgliedern der Sectionsvorstände, 15 336 Vertrauensmännern, 125 angestellten besoldeten Beauftragten, 973 Schiedsgerichten, 3911 Arbeitervertretern bei über 3 396 704 Betrieben und 9 897 428 versicherten Personen. Die weiteren Ausgaben an Kosten der Unfallversicherungen und der Feststellung der Entschädigungen an Schiedsgerichten und Unfallüberprüfungsstellen betragen 845 139,86 Mk. In den Referendats sind pro 1888 bis 15. August 1889 12 325 379,21 Mk. eingelegt worden, so daß an effectiven Ausgaben 25 668 549,23 Mk. und effectiven Einnahmen 29 730 033,35 Mk. nachzuweisen sind. Die am Schlusse des Rechnungsjahres verbliebenen Bestände belaufen sich auf 4 297 756,08 Mk., der Gesammbetrag des Referendats auf 28 412 028,82 Mk. Cobann sind für den gleichen Zeitraum bei 178 Ausführungsbehörden mit 174 Schiedsgerichten und 954 Arbeitervertretern bei 446 250 versicherten Personen an Entschädigungsbeträgen 936 413,54 Mk., an Verwaltungskosten 2847,74 Mk., an Kosten der Unfalluntersuchungen etc. 20 692,89 Mk., im ganzen 979 954,17 Mk. verausgabt worden.

Die Anzahl der neuen Unfälle, für welche 1888 Entschädigungen festgestellt wurden, beläuft sich für den Bereich der Berufsgenossenschaften auf 19 617, der Ausführungsbehörden 1440, der Versicherungsanstalten 179, zusammen 21 236, sammtlicher angemeldeter Unfälle 126 266 bzw. 11 181 bzw. 610, zusammen 138 057. Für 2216 Unfälle mit dauernder völliger Erwerbsunfähigkeit, 3692 mit theilweisem Ausgange waren Entschädigungen festgestellt. Entschädigungsberechtigt waren 2406 Wittwen, 5173 Kinder, 185 Ascendenten.

Stanley und Emin.

Was die Ankunft Emin Paschas und Stanleys im deutschen Schutzgebiete betrifft, so wird man darüber innerhalb der nächsten vierzehn Tage wohl Genaueres zu hören bekommen. Nach Meldungen des Reichscommissars, Hauptmann Wilmann, die schon vor zehn Tagen in Berlin eintrafen, standen die beiden Reisenden etwa 30 Tagemärsche von Mpwapwa entfernt, so daß sie sich mittlerweile diesem Orte bereits erheblich genähert haben dürften. Allerdings darf man sich ihren Zug nicht allzu imponant vorstellen, da sie sich auf dem Rückzuge vor einem übermächtigen Feinde befinden und Emin im besten Falle von den überreichen Eisenbeinworräthen, die er dem Gerücht zufolge mitgenommen, nur einige Trümmer gerettet haben dürfte. Deutscherseits wird, bemerkt dazu eine officiöse Correspondenz, nichts verabsäumt, was den Bedrängten zur Hilfe gereichen kann. Lebensmittel und sonstige Vorräthe sind bereits von Mpwapwa aus den Heranziehenden entgegen geschickt; bekanntlich liegt im letzten Ort selbst eine deutsche Garnison, überhaupt ist in Ansehung der Hilfsquellen, welche Mpwapwa bietet, wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß Emin und Stanley ihren Marsch direct nach dort richten und dann geraden Weges sich der Küste zuwenden werden, statt erst auf dem Umwege über Norden durch englisches Schutzgebiet zu marschiren. Uebrigens ist der Vertreter des „New York Herald“ bereits mit den umfassendsten Crediten ausgerüstet worden, welche ihn in den Stand setzen, seinen berühmten Condemann Stanley mit allen erforderlichen Erleichterungen zu umgeben, welche bei unbefräßigten Geldmitteln nur immer zu beschaffen sind.

Graf Bismarck in Pest.

Ueber die Gefinnungen der leidenden ungarischen Ariele gegenüber der Anwesenheit des Grafen Herbert v. Bismarck in Pest am 8. d. M. giebt das dortige Regierungsblatt „Nemzet“ Aufschluß, welches den Grafen Bismarck mit folgenden Worten begrüßt: „Die ungarische Hauptstadt beherbergt einen sehr gewichtigen Gast, den Grafen Herbert Bismarck, der heute Vormittag mit mehreren Personen aus Konstantinopel hier eingetroffen ist. Die Bedeutung des hiesigen Aufenthaltes des Grafen Bismarck wird durch den Umstand nur erhöht, daß er nach der Konstantinopeler Begegnung des deutschen und türkischen Herrschers in unserer Hauptstadt verweilt, wo er heute Nachmittag den Ministerpräsidenten Tisa besuchte, mit dem er überdies dinirte. Die deutschen Gäste seien aufs herzlichste in der ungarischen Hauptstadt begrüßt.“

Die große Krönungsschlacht im Prager Landtage

Ist geschlagen. Wenzelskrone und Staatsrecht wurden von allen Seiten gefeiert, aber die klandestinen Schlüsseln, der tobende Lärm, die johlenden Rufe „Schande“, sie zeigen besser als das treffsägige Redeturier, wie weit die Auffassung der Alt- und Jungtschechen, der Feudalisten und Clericalen auseinandergeht. Schon während der (schon gemeldeten) Abstimmung wurden erregte Zwischenrufe laut und es kam zu förmlichen Scenen, wie sie selbst in der Prager Landtagsschube noch nicht dagewesen sind. Einem Bericht der „Döf. Ztg.“ entnehmen wir darüber noch folgende Details:

Der Jungtscheche Elischer rief in den Saal: Es lebe das böhmische Staatsrecht! und entseffte damit einen riesigen Lärm auf der Galerie. Die Besucher derselben, meist tschechische Studenten, erhoben sich und riefen den Abgeordneten zu: „Schmach Euch, Ihr Feiglinge! Ihr Lumpen! Ihr wollt Tschechen sein?“ Alles schrie durch einander, der Lärm wurde immer größer. Die Damen auf der Galerie eilten den Ausgängen zu. Im Saale selbst entfiel Schandal und nun ergreifen auch die in der Fremdenloge anwesenden Damen der Aristokratie: Fürstin Schwarzenberg, Prinzessin Windischgrätz, Gräfin Thun und andere, entfiel die Flucht. Schreien und agitiren, als ob es zu einem Handgemenge kommen sollte, stießen sich die Abgeordneten beider Parteien gegenüber; harte Worte erschallten von beiden Seiten, der Staub wirbelte auf unter den stampfenden Füßen; der Statthalter Graf Thun, von den Großgrundbesitzern umringt, tritt mit Befürchtung in die tobende Versammlung, und endlich wurde die Ruhe wiederhergestellt. Fürst Schwarzenberg ging auf die jungtschechische Gruppe los und schrie, mit geballten Fäusten auf die Galerien weisend: „Das sind Eure Verbündeten!“ Graf Kaunitz, aufspringend, entgegnete ihm: „An diesem Schandal seid Ihr Schuld!“ Die Jungtschechen ergrißen und Perner traten mit geballten Fäusten herein und schleuderten den Alttschechen Grobheiten zu. Diese antworteten mit ähnlichen Beschimpfungen. In den Ärmern, der jeder Beschimpfung spottet, schreit der Landmarschall Fürst Lobkowitz mit voller Lungenkraft und fordert die Ordner auf, die Galerie zu räumen. Die Alttschechen rufen ihren Gegnern zu: „Schmach Euch, Ihr Verräther der Jugend!“ und diese antworten: „Schweig! Ihr, die Ihr das heilige Recht des Volkes verkauft!“ Nach längerer Zeit erst legt sich der Sturm, der Landmarschall Lobkowitz jagt mit ätzender Stimme: „Meine Herren, ich ersuche Sie, jene Ruhe zu bewahren, welche sich für den Landtag des Königreiches Böhmen schickt.“ Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Die Jungtschechen haben im übrigen den Muth gehabt, zu sagen, was sie am Herzen haben, sie haben gegen den „Erbschind“ — das ist natürlich Deutschland — gewettert, und sie haben mit Droschkelein dreingefahren, wie ihre Ahnen die Hussiten unter Jiskas Führung. Die Alttschechen und Feudalen, die sich als „Staatspartei“ fühlen, sie hatten gebundene Marschordres, sie konnten nicht, wie sie wollten, und die große Menge Sicherheitsschwere, die nothwendig war, um ihnen den Heimweg aus der Landstube zu decken, sie mochte ihnen zeigen, wie unpopulär beim tschechischen Volke ihre Haltung war. Das Volk hatte seine Hoffnung auf den „Krönungs-Statthalter“ gesetzt, dieser sah wohl in der Landstube, aber er schweig, er mußte schweigen, einerseits weil er eine diesbezügliche Ordre hatte, andererseits weil er deutlich hätte reden müssen, da er bei der Elle, mit welcher er sein tschechisches Herz fand, die Erlernung der tschechischen Sprache verstanden hatte. Ministerpräsident Graf Taaffe ist, wie man der „B. Pr.“ schreibt, nichts weniger als entzündet über Ton und Führung der Abrede und Krönungsdebatte. Der Resolutionsantrag und die Motionirung der Majorität stammen aus dem Pressbureau des Cabinets. Der Ministerpräsident hat den Alttschechen und Feudalen vertraulich mitgetheilt, er müsse auf genauer Einhaltung dieses Textes bestehen und jede, selbst die mindeste Aenderung müßte seine Demission zur Folge haben. — Vom Grafen Taaffe circulirt eine Aeußerung, welche derselbe vor Monaten machte, die aber gerade jetzt wieder sehr zeitgemäß ist. Ein hervorragender Delegirter der österreichischen Delegation gab seinen Kollegen im Sachergarten im Parter ein Diner, dem auch die Minister beiwohnten. Nach aufgehobener Tafel begab man sich in den Garten, Graf Taaffe entblöthte Hauptes. Der besorgte Gastgeber machte die Bemerkung: „Eccellenz, der Abend ist kühl und es wäre angezeigt, daß sich Eccellenz bedecken“, worauf Graf Taaffe wüthig wie immer erwiderte: „Dafür haben die Jungtschechen schon gesorgt; sie haben mir eingeholt und mich gehörig zugebeckt.“ ... Wie es eine bessere Kritik für die dreitägige Krönungsschlacht in der Prager Landstube?

Die Frage der Achtstundigen-Bewegung

erregt namentlich in Amerika die Gemüther stark und mehrfach haben sich bereits Conferenzen mit derselben beschäftigt. In Chicago hat der von der Ausschlußbehörde der socialistischen Arbeiterpartei einberufene Partei-Congress getagt. Es befanden sich unter den Delegirten zahlreiche auch in Deutschland bekannte Socialdemokraten; da war Jens Christensen, der socialdemokratische Reichstagscandidat 1887 für den III. Berliner Wahlkreis, die ehemaligen Reichstagsabgeordneten Reimer und Bahlke, Paul Brothman, einst in Berlin Leiter der großen socialdemokratischen Verbindungen. Der Congress erklärte sich mit den auf dem Pariser internationalen Congress gefassten Beschlüssen vollständig einverstanden und empfahl den Genossen energische Bethätigung an der Achtstundigen-Bewegung. Die Redacteure der amerikanischen Arbeiterblätter waren in New York versammelt, es wurde beschlossen, eine dauernde Verbindung der Arbeiterpresse zu schaffen und von Zeit zu Zeit Conferenzen abzuhalten. Der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes Compers trat warm für die Achtstundigenbewegung

ein, er erklärte die Aussichten für den 1. Mai 1890 für günstig und bemerkte weiter, daß wenn auch nicht für alle Arbeiter Amerikas an jenem Tage nachsündige Arbeitszeit eingeführt werde, so würde sie doch ganz sicher von verschiedenen Gewerkschaften eingeführt werden. Der Redner erklärte, es sei die Pflicht der Redaction, diese Bewegung mit allen Kräften zu fördern, denn sie sei wichtiger, als alle anderen Fragen. Mehrere Delegierte jedoch hatten großen Zweifel an dem Erfolg und wiesen darauf hin, daß die Bewegung 1886 fiasco gemacht. Compers glaubte diese Ansicht als falsch zurückweisen zu sollen und meinte, daß durch die 1886er Agitation die Gesamt-Arbeitszeit der amerikanischen Arbeiter jährlich um wenigstens 10 Millionen Stunden reduziert sei. Diese Zahl erscheint freilich vollkommen willkürlich und die betreffenden Delegierten gingen nach Hause, ohne von den Argumentationen des Herrn Compers überzeugt zu sein.

Enthaltungspolitik in Belgien.

Es hat allen Anschein, als ob auch in Belgien demnächst der Versuch einer parlamentarischen Enthaltungspolitik nach österreichischem Muster gemacht werden solle. Vor einigen Tagen hielten, so wird dem „Schwab. Merkur“ gemeldet, die liberalen Abgeordneten mit Rücksicht auf die am 12. November erfolgende Eröffnung der Kammern eine Beratung über das Vorgehen der Partei angesichts der clericalen Wahlreform. Man weiß, daß die letztere lediglich das Ziel verfolgt, durch Ausschreibung von 60 000 liberalen Gemeindegewählern die großen Städte Brüssel, Antwerpen, Gent und Lüttich in die Gewalt der Clericalen zu bringen. Die liberalen Abgeordneten beschloßen nun einstimmig, im Falle der Annahme der Wahlreform aus dem Parlamente auszutreten.

Reichstag.

12. Sitzung vom 11. November.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag Richter auf Annahme eines Gesetzentwurfs, betreffend Aenderung der Militärstrafgerichtsordnung; nach dem § 1 sollen die verabschiedeten Offiziere der Militärgerichtsbarkeit nicht mehr unterworfen sein; nach § 2 soll diese Vorschrift auch Anwendung finden auf Straf- bzw. Handlungen verabschiedeter Offiziere, die vor dem Eintritt der Reichsgerichtsbarkeit des Gesetzes begangen sind, soweit das militärgerichtliche Verfahren noch nicht eingeleitet ist.

Abg. Richter: Obgleich es nicht einen sehr ermutigenden Eindruck für den Antragsteller macht, wenn er sich einem solchen hohen Hause gegenüberstellt (die Zahl der anwesenden Reichstagsmitglieder beträgt kaum 30), will ich doch versuchen, die für den Antrag schon bekannten Antrag mit meinen schwachen Kräften günstig zu stimmen. Der Antrag liegt Ihnen genau in dem Wortlaut vor, wie in der vorigen Session; er verbietet seine Entziehung einer Erklärung des früheren Kriegsministers Bronfart v. Schellenborn. Der intellektuelle Urheber des Antrags ist jetzt nicht zur Stelle, wie ja überhaupt heute der Bundesrath hier nicht vertreten ist. Der frühere Kriegsminister hat also schon 1884 erklärt, daß die Kriegsverwaltung schlechterdings kein Interesse daran habe, daß die verabschiedeten Offiziere der Militärgerichtsbarkeit auch ferner unterworfen werden. Daraufhin brachte der Abgeordnete Richter eine Resolution ein, welche die Regierung um Vorlegung eines dahingehenden Gesetzentwurfs ersuchte. Ueber diesen Gesetzentwurf kam es zu einer Einigung nicht, da der Vertreter der Kriegsverwaltung meinte, daß die verabschiedeten Offiziere die Offiziere z. B. nicht zu zählen seien. 1886 wiederholte der Kriegsminister auf meine Interpellation über diese Specialfrage seine Erklärung, und zwar noch etwas bestimmter; er führte aus, daß er die Unterstellung der ganz aus der Armee geschiedenen Offiziere unter die Militärgerichtsbarkeit im wesentlichen als eine Belastung der letzteren ansehe. Die Belastung sei nur darin begründet gewesen, daß damals noch die imwiderstandsfähigste aufgehobene Strafe der Pensionseinstellung bestand; es sei also eine ganz logische Konsequenz, den veränderten Verhältnissen entsprechend, auch die mit Pension verabschiedeten Offiziere aus der Militärgerichtsbarkeit zu entlassen. Der Kriegsminister erklärte ferner, er werde nicht dazu rathen, seitens der verbündeten Regierungen eine Vorlage zu machen, denn es wäre für jene garnicht angenehm, wenn der Reichstag eine solche Vorlage trotz materiellen Einwand abgelehnt, da sie nicht weit genug ginge. Das war eine indirecte Aufforderung an den Reichstag, seinerseits die Sache in die Hand zu nehmen, dieser Aufforderung bin ich gefolgt und habe der Stellungnahme des Ministers gemäß unter Ausscheidung des erwähnten Streitpunktes die Offiziere z. B. den Antrag eingebracht, der Ihnen jetzt zum zweiten Mal vorliegt. Es ist also der Boden vollständig geboten, um diese relativ kleine, principiell aber bedeutende Materie aus der Welt zu schaffen. Ich bitte, zu diesem Zwecke heute sofort in die zweite Lesung einzutreten, und hoffe, daß der Entwurf trotz der geschäftsordnungsmäßig entgegenstehenden Hindernisse in dieser Session noch zur Verabschiedung gelangt. Wenn in dem Antrag, wie es der Abg. Meyer (Sena) am 2. Februar 1889 forderte, noch ausdrücklich gesagt werden soll, daß auch die entgegenstehenden Vorschriften des bairischen und des württembergischen Militärstrafgesetzbuchs aufgehoben sind, so haben wir nichts dagegen. Jedenfalls bitte ich Sie, unsern Antrag möglichst einstimmig Ihre Zustimmung zu geben.

Abg. Gröber (Centr.): Ich für den Antrag, der sowohl im Interesse der Allgemeinheit, wie der einzelnen betroffenen Personen sei und die militärische Disziplin nicht berühre. Es ist endlich Zeit den alten Topf abzuschneiden und die pensionirten Offiziere der ordentlichen Gerichtsbarkeit zuzuführen.

Abg. Beitel (nat.-lib.): Auch wir sind mit dem Gesetzentwurf einverstanden, vorausgesetzt, daß der Antrag sich nur auf die wirklich mit Pension verabschiedeten Offiziere und nicht auch auf die zur Disposition gestellten bezieht.

Abg. Singer (Soc.): Auch wir werden für den Antrag stimmen. Redner führt aus neuerer Zeit ein Beispiel dafür an, daß die Entscheidungen des Civil- und des Militär-Gerichts in demselben Fall durchaus verschieden ausgefallen seien.

Damit schließt die erste Beratung. In der zweiten Lesung wird § 1 mit folgender von dem Abg. Gröber beantragten Aenderung: „Alle entgegenstehenden Bestimmungen des Strafrechts für das preussische Heer und des bairischen Militärstrafrechts sind aufgehoben“ angenommen. Die weiteren Paragraphen werden ohne Debatte genehmigt.

Es folgt die Beratung der Resolution des Abg. Richter:

Der Reichstag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, mit thunlichster Beschleunigung dem Reichstage den Entwurf einer Militär-Strafprozessordnung vorzulegen, in welcher das Militärstrafverfahren mit den wesentlichen Formen des ordentlichen Strafprozesses umgeben und die Zuständigkeit der Militärgerichte im Vergehen auf Dienstvergehen der Militärpersonen beschränkt wird.

Abg. Richter: Diese Frage steht seit 80 Jahren auf der Tagesordnung, seit der Cabinetsordre des Königs Friedrich Wilhelm III. vom 21. Januar 1808, welche davon aussing, daß die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht eine Aenderung der damaligen Militärstrafprozessordnung ohne weiteres mit sich bringe, und in welcher der König eine besondere Immediat-Commission beauftragte, eine Reform der Militärgerichtsbarkeit auszuarbeiten und diese auf „Dienstvergehen und Dienstvergehen“ zu beschränken nach dem Beispiel von

England und Rußland. Diese Reform haben wir bis heute noch immer nicht erhalten, trotzdem sie immer wieder im Laufe der Jahre angeregt worden ist. 1870 wurde genau derselbe Antrag, den ich heute stelle, vom Reichstage mit großer Majorität angenommen, und der damalige Kriegsminister v. Roon gelangte zu, daß die Militärstrafprozessordnung sich der allgemeinen Landesgesetzgebung anzuschließen habe. 1876 wurde in demselben Antrage der letzte Satz über die Einschränkung der Zuständigkeit auf Dienstvergehen auf Wunsch des Kriegsministers v. Rameke gestrichen, der bezüglich des übrigen Theils eine Vorlage für die nächste Session in Aussicht stellte. Eine Immediat-Commission zur Ausarbeitung der Reform trat auch zusammen; ihre Arbeiten blieben aber Geheimniß der Militärtechniker und kamen nicht an den Bundesrath oder den Reichskanzler. 1888 vertrat der Kriegsminister v. Bronfart plötzlich den entgegengesetzten Standpunkt, daß erst die Erlebung der auf dem Gebiete der Civilstrafprozessordnung schwebenden großen Fragen abgewartet werden müßte, ehe man zur Reform der Militärstrafprozessordnung übergehen könne. Ich hoffe, daß der Antrag heute wieder die Zustimmung des Reichstages finden wird. Unsere Lage ist eigenthümlich, wir erfahren nicht einmal, warum diese auch vom Juristenstande verlangte und selbst von Generalauditeuren angestrebte Reform nicht zu Stande kommt. Heute ist der Tisch des Bundesraths wieder leer, wir können nicht einmal eine Frage an die Regierung richten. Es hat sich herausgestellt, daß Bayern die Vorteile seiner Militärstrafprozessordnung, wie z. B. die Definitivität des Verfahrens, nicht aufgeben will, und in Preußen hat man keine Neigung, dieser gerechten Forderung der Definitivität des Verfahrens zuzustimmen. Ich richte nunmehr an die verbündeten Regierungen — sie werden es ja lesen, und beim Etat wird die Sache wieder angeregt werden können — die Frage: welche Hindernisse lassen diese im Jahre 1876 vom Kriegsminister v. Rameke bestimmt in Aussicht gestellte Reform nicht zu Stande kommen? Wir können nur unsere Pflicht thun, immer wieder dieselbe Forderung namens des Volkes zu stellen. Unbegreiflich bleibt es, daß wie kein einziges Land, nicht einmal Rußland, gerade Deutschland auf diesem Gebiete so weit zurück ist. Will man nicht endlich mit den Vorurtheilen der Offizierskreise aufhören, nachdem wir die allgemeine Wehrpflicht haben? Wir müssen die Regierung immer wieder daran erinnern, daß das deutsche Volk ein Recht hat, diesen absolut abnormen Zustand endlich beseitigt zu sehen, und ich hoffe, daß die Annahme des Antrages ein, wenn auch nur kleines Compense sein wird, die Regierung an ihre Pflicht zu erinnern. (Beifall links.)

Abg. Gröber (Centr.): Die Militärstrafprozess-Ordnung ist gänzlich veraltet und bedarf dringend der Reform. Nicht ein unabhängiger Richter, sondern der Militärbefehlshaber entscheidet, ob eine Untersuchung eingeleitet werden soll oder nicht, und er befähigt das schließliche Urtheil. Die Entscheidung erfolgt auf das Gutachten des Auditeurs, der die ganz unvereinbaren Functionen eines Richters, Anklägers und Vertheidigers in sich vereint. Sachsen, Hannover, Oldenburg hatten früher eine weit bessere Militärstrafprozessordnung, als die heutige preussische.

Abg. Fieser (nat.-lib.) erklärt namens seiner Partei, daß dieselbe für den ersten Theil des Antrages stimmen werde, aber gegen den zweiten Theil, obgleich sie keine besonderen Bedenken dagegen hätte. Aus dem Mangel jedes Vertreters der preussischen Kriegsverwaltung muß man wohl schließen, daß der zweite Theil dort großen Anstoß begegne. Es sei daher wünschenswerth, für den ersten Theil eine möglichst große Mehrheit zu erhalten. Redner beantragt getheilte Abstimmung über beide Theile.

Damit schließt die Discussion. Im Schlußwort bemerkt Abg. Richter: Hr. Fieser wünscht die Resolution getheilt. Gern thue ich es nicht, denn es ist bereits 1876 so verfahren worden. Wenn ich in die Theilung willige, so nehme ich jedenfalls von dem nichts zurück, was ich über die Nothwendigkeit des zweiten Theils der Resolution ausgesprochen habe. Daß der Vorredner die Bedenken des Kriegsministers von Rameke sich angeeignet hat, bedauere ich lebhaft; früher waren die National-liberalen dieser Auffassung nicht. Es sei nicht thunlich, wird gesagt, das Militär unter zwei Autoritäten zu stellen. Ich verstehe diesen Einwand nicht. Wird nicht hier wie da Recht gesprochen im Namen des Königs? Der Vorredner geht mit seiner Ansicht sogar hinter den Standpunkt Friedrich Wilhelms III. zurück. Ich habe mit Absicht die Cabinetsordre von 1808 angezogen, um daran kenntlich zu machen, daß der damalige König, der das lebhafteste Interesse für das Militär hatte, eine Bestimmung, wie wir sie wünschen, für zulässig hielt. Im übrigen sind wir schon zufrieden, wenn der letzte Reichstag auch nur in irgend einer Form zu erkennen giebt, daß er die dringende Reform, die das ganze Volk wünscht, auch seinerseits wünscht. Nehmen Sie wenigstens den ersten Theil der Resolution mit großer Mehrheit, wenn nicht einstimmig an.

Der erste Theil der Resolution wird mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Deutschconservativen angenommen; der zweite Theil gegen die Stimmen der Freisinnigen, des Centrums und einiger National-liberalen aber abgelehnt.

Es folgt die Beratung des auf Verträge bei den Wahlen bezüglichen Antrages Richter-Hermes.

Die Abgg. Richter und Hermes beantragen: „Mit Rücksicht auf die in den letzten Jahren vielfach vorgekommenen Verträge gegen § 43 Abs. 3, 4 und 5 der Gewerbeordnung für das deutsche Reich, gegen § 17 des Wahlgesetzes für den deutschen Reichstag vom 31. Mai 1869 und gegen die §§ 9 und 28 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom 21. October 1878 die verbündeten Regierungen zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die bezüglichen Behörden die genannten gesetzlichen Vorschriften in Zukunft genau beobachten.“ Die betreffenden Vorschriften des § 43 der Gewerbeordnung lauten: „Zur Vertheilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken bei der Wahl zu gesetzgebenden Körperschaften ist eine polizeiliche Erlaubniß in der Zeit von der amtlichen Bekanntmachung des Wahlgesetzes bis zur Beendigung des Wahlaktes nicht erforderlich.“ — Dasselbe gilt auch bezüglich der nicht gewerbmäßigen Vertheilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken.

— In geschlossenen Räumen ist zur nicht gewerbmäßigen Vertheilung von Druckschriften oder anderen Schriften oder Bildwerken eine Erlaubniß nicht erforderlich.“ — § 17 des Reichstags-Wahlgesetzes lautet: „Die Wahlberechtigten haben das Recht, zum Betrieb der Reichstags betreffenden Wahlanglegenheiten Vereine zu bilden und in geschlossenen Räumen, unbewaffnet, öffentliche Versammlungen zu veranstalten. Die Bestimmungen der Landesgesetze über die Anzeige der Versammlungen und Vereine, sowie über die Ueberwachung derselben bleiben unberührt.“

§ 9 des Socialistengesetzes betrifft die Auflösung und das Verbot von Versammlungen des im Gesetz bezeichneten Charakters, und nach § 28 darf die Polizei in den Gebieten des kleinen Belagerungszustandes anordnen, daß Versammlungen nur mit polizeilicher Genehmigung stattfinden dürfen; davon sind jedoch Versammlungen für die Reichstags- und Landtagswahlen ausgenommen.

Abg. Richter: Auch dieser Antrag ist Ihnen nicht unbekannt. Der eigentliche Urheber desselben ist der Abg. Miquel, der 1887 gelegentlich einer Wahlprüfung erklärte, daß es Pflicht des Reichstages sei, alle zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um die Behörden mit Strenge anzupfählen, mit Bezug auf die Wahlen völlige Unparteilichkeit zu wahren und auch den Schein zu vermeiden, als werde das Socialistengesetz benutzt, um auf die Wahlen einzuwirken. Am 6. März 1888 kam wieder bei einer Wahlprüfung ein Factum vor, das mich zur Stellung dieses Antrages veranlaßte. Ein Arbeiter, der Stimmzettel vertheilt hatte, wurde vom Polizisten einfach am Argen gefaßt und in Haft genommen. Die Wahlprüfungscommission hatte von dieser unerhörten Rechtsverletzung keine Notiz genommen,

obgleich der Reichstag das einzige Forum ist, über derartige Ungerechtigkeiten zu entscheiden. Die Wahlprüfungscommission legte die meisten Beschwerden einfach ab; wir haben dieselben infolge corrigirt, als wir den Antrag stellten, es sollten dieselben an den Reichskanzler zur Kenntlichnahme gelangen, und der Reichstag hat ja gelegentlich zugestimmt. Der Einwand, warum hatten die Leute den Infanzgenug nicht inne? Ist hinlänglich. Was hilft es denn den Geschädigten, wenn ihnen nachträglich anerkannt wird, daß die Auflösung zu Unrecht erfolgt ist? Was helfen diese Rügen seitens des Ministers in einem Lande, in dem die Beamten nicht verantwortlich gemacht werden können für ihre Handlungen? Ein Citharensvotum gegen die Beamten ist unser Antrag nicht; denn beim besten Willen kann ein Beamter nicht in der Lage sein, ein so confuses Gesetz, wie das Socialistengesetz, richtig zu handhaben. Meine Partei wird Gelegenheit nehmen, noch in dieser Session die Frage der Verantwortlichkeit der Beamten weiter in die Förderung zu ziehen. Die national-liberale Partei hat ja auch bei ihrer Gründung diese Frage als außerordentlich dringend und ein darauf bezügliches Gesetz für nothwendig erklärt. Würden wir ein derartiges Gesetz haben, so bräuchten wir diesen Antrag nicht. Das ist aber nicht der Fall. Darum ist es Pflicht des Reichstages, alle Mittel anzuwenden, um die Wähler in ihren verfassungsmäßigen Rechten zu schützen, und das gerade in der jetzigen Zeit, wo die Mehrheit daran geht, das Socialistengesetz zu verlängern oder, was ich nicht hoffe, zu verewigen. Der Antrag hat die denkbar mildeste Form und kann einen Anstoß bei den verbündeten Regierungen nicht erregen. Selbstverständlich ist das darin Verlangte nicht. Es sind während vier Reichstagswahlen 119 Wahlen zur Kenntlichnahme des Kaufes gekommen, bei denen Geschwändigkeiten und Verträge der in der Resolution bezeichneten Art vorgekommen sind. In 76 Fällen sind dieselben als für das Resultat der Wahl unerheblich erklärt worden, 40 davon fallen wunderbarer Weise auf die letzte Wahlperiode. Als nicht erwiesen wurden 12 Fälle angesehen, als ganz oder theilweise erwiesen 31. In 6 Fällen wurde die Ungültigkeit der Wahl ausgesprochen; 9 Fälle wurden für gültig erklärt, zwölf Fälle sind unerledigt geblieben. Ist die Anzahl von 119 Fällen für 4 Wahlen geringfügig? Und wie viel lausende von Geschwändigkeiten kommen überhaupt nicht zur Kenntlichnahme des Reichstages? Ich möchte Sie nur auf einen Fall aus der neuesten Zeit, der sich in der bereits neulich citirten Broschüre von Mauer findet, hinweisen. Bei einer Nachwahl in Offenburg wurde als Candidat der socialdemokratischen Partei Hr. Gsch aufgestellt, und drei socialdemokratische Versammlungen in Rehl, Offenburg und Oppenau wurden hienuntereinander aufgelöst bezw. verboten, nur weil Hr. Gsch, der unzweifelhaft den socialdemokratischen Bestrebungen huldige, in denselben sprechen sollte und auf Grund seiner Reben in früheren Versammlungen die Annahme gerechtfertigt erschiene, daß auch diese Versammlungen auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet seien. Alles das geschieht in dem vielgelobten Lande der Freiheit, Baden. Seit ich in Baden gewesen, bin ich längst von meiner guten Meinung zurückgekommen. In der Wahlprüfung in Baden und Preußen über! (Zuruf bei den National-liberalen: Thatsachen!) Die Reben in dem Mauer'schen Buche. (Wiederholte Zwischenrufe.) Soll ich Ihnen etwa das ganze dicke Buch vorlesen? Ich könnte Ihnen noch eine ganze Reihe von solchen Geschwändigkeiten vorführen. Ich erinnere Sie nur an den Fall Henneberg in Gotha. In der That, die verbündeten Regierungen hätten alle Veranlassung, im Verein mit uns alle ihre Kräfte anzusetzen, damit derartige Ungerechtigkeiten nicht wieder vorkommen. Haben wir je gehört, daß ein Beamter wegen einer derartigen ungesetzlichen Handlung bestraft, empfindlich getroffen worden ist? Im Volk herrscht der Glaube, daß solche Beamte sogar bestraft werden. In jedem anderen Culturlande wird der pflichtvergeßene Beamte vor Gericht gestellt und zum Schandensatz verurtheilt, bei uns bleibt sogar die geschwändige Inhaftnahme eines Stimmzettelschleiers ungeahndet! Ist es Ihnen (zu den National-liberalen und dem Centrum) Ernst mit dem wirklichen Schutze der Wahlfreiheit, dann stimmen Sie für meinen Antrag. (Beifall links.)

Abg. Singer (Soc.) theilt die Hoffnung des Vorredners nicht, daß die Regierungen dem Antrage entsprechen werden. Sind doch die Herren vom Bundesrath selbst in die Wahlagitatorien eingetreten. Brauche ich Sie zu erinnern an den königlichen Wahlagitator in Gießen? Der Großherzog von Baden ist ebenfalls in die Wahlagitatorien eingetreten, zu Gunsten der Cartellmajorität, und in den letzten Wochen ging die Nachricht durch die Presse, daß der Kaiser in der Cartellmajorität diejenigen Aufgaben erfüllt sieht, die er für richtig hält. Bei der Wahl des Abg. Brunnengraber in Mecklenburg hat der Amtverwalter v. Derksen an die untergeordneten Behörden einen Erlaß gerichtet, jeden Versuch, die socialdemokratische Agitation in die Gemeinden zu tragen, im Reime zu erlöchen, diejenigen, welche bei Vertheilung von socialdemokratischen Flugblättern betroffen werden, festzunehmen und an das Amt abzuliefern, und wenn dies unmöglich, an das Amt zu berichten und die angehaltenen Flugblätter an das Amt abzuliefern. Nach diesem Erlaß ist dann verfahren, Beschwerden dagegen sind erfolglos gewesen; das Ministerium hat freilich dann den Erlaß als ungesetzlich aufheben müssen, hat das aber erst nach der Wahl und ganz im Stillen getan. So also fügen sich die Behörden in Deutschland den Bestrebungen des Reichstages. Auch bei den nächsten Wahlen werden die unteren Behörden die Wahlfreiheit in derselben Weise wieder beeinträchtigen, und sollte dadurch dieselbe Majorität wiederherkommen, dann würden natürlich auch alle Wahlproteste an dieser Cartellmauer abprallen. Mit der Bekämpfung der Berechtigung der Wahlproteste vernichten Sie auch die Berechtigung Ihres Daseins. Ganz ungesetzlich ist auch der bekannte Versuch der Chemnitzer Polizeibehörde, das von unseren Angehörigen mehrfach geübte Boycottsystem als strafbar zu erklären, und den § 82 zum Normen zu nehmen. (Beifall links.) Diesen Fällen reiht sich würdig die Thatfache an, daß es in Dresden den Soldaten verboten worden ist, bei der Witwe des verstorbenen Abg. Kaiser zu hausen.

Präsident v. Csehows: Der Redner hat im Anfange seiner Rede einen deutschen Fürsten als Wahlagitator bezeichnet; ich rufe ihn deshalb zur Ordnung.

Abg. Müller-Marienwerder (Reichsp.): Der Vorredner hat Bezug genommen auf Zeitungsnachrichten, Broschüren und Mittheilungen aus Mecklenburg, die ganz uncontrolierbar sind; das soll den Reichstag veranlassen, sich an die verbündeten Regierungen zu wenden? Die Ausführung der Gesetze ist Sache der Einzelstaaten. Der Bundesrath hat das Recht bei hervorgetretenen Mängeln einzuschreiten; aber das kann doch nicht auf Grund von Zeitungsnachrichten oder Bemerkungen im Reichstage geschehen. Wenn man Herrn Singer und Herrn Richter hört, dann sollte man glauben, der Reichstag und die Wahlprüfungscommission hätten ein vorheriges Verbot einer Wahlversammlung überhaupt für unmöglich bezeichnet. Das Gogenheil ist der Fall. Ueberhaupt muß doch Herr Richter bei seinem Antrage davon ausgehen, was die Mehrheit des Reichstages beschlossen hat; er kann doch nicht verlangen, daß die Regierung die Behörden nach den Wünschen der Minorität des Reichstages instruiren soll. Die Stimmzettelvertheiler sollen besonders sacrosanct Personen sein, während ihnen gegenüber doch dieselben Gesetze wie allen Bürgern gegenüber gelten. Auf diesen Punkt und alle unbewiesenen Behauptungen in den Wahlprotesten, auf welche der Reichstag selbst nicht eingegangen ist, kann der Antrag nicht begründet werden. Wir haben in der Wahlprüfungscommission schlimme Erfahrungen gemacht in Bezug auf die Behauptungen in den Wahlprotesten. Die Commission hat mit peinlicher Genauigkeit alles geprüft und hätte deshalb von Herrn Richter am wenigsten den Vorwurf verdient, daß sie aufmerksamer arbeiten sollte. Hr. Richter hat für die Begründung seines An-

trages im vorigen Jahre nur solche Fälle vorgeführt, in welchen der Reichstag überhaupt keinen Nachweis der Verträge für möglich hielt. Alle diese Fälle können doch nicht für den Antrag geltend gemacht werden. In fünf Fällen: Richter-Hagen, Reinhold-Altena-Jericho, Böhm-Hessen, Henneberg-Gotha und Robbe-Erfurt hat die Commission Bedenken gehabt, aber der Reichstag hat diese Bedenken nicht anerkannt und die Wahlen für gültig erklärt. Ueber das Disciplinerverfahren gegen die Beamten haben die Regierungen doch dem Reichstag keine Rechenschaft abgelegt. Seit dem Schluß der vorigen Session hat Hr. Richter sein mangelhaftes Material nicht vervollständigt; ich bitte Sie, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Bahdiger Bevollmächtigter v. Marschall wendet sich gegen Richters Ausführungen. In der Hauptsache hat der Abgeordnete Richter nur die Mauer'sche Broschüre angeführt. Der Umstand, daß etwas in einer Broschüre steht, bildet doch aber noch keinen Beweis. Die bahdigen Behörden haben bezüglich der Wahlagitatorien in Offenburg vollkommen correct gehandelt; das, was ihnen vorgeworfen wird, ist nicht Pflichtverletzung, sondern Pflichterfüllung. (Beifall rechts.) Es sind nur solche Bestrebungen getroffen worden, die in Presse, Vereinen und Versammlungen unmöglich gebildet werden können, wenn es noch einen wirklichen Schutz für Staat und Gesellschaft für Recht und Ordnung geben soll. (Beifall rechts.)

Ein Berathungsantrag des Abg. Schrader wird abgelehnt.

Abg. Fieser (nat.-lib.): Aus den Gründen, die Herr Müller soeben entwickelt hat, stimmen wir für seinen Antrag. Für den Antrag Richter hätte doch nachgewiesen werden müssen, daß bei einer größeren Reihe ungesetzlicher Vorkommnisse Remedur dergestalt nachgesucht sei und daß der Bundesrath trotz dieses Nachweises den Dingen gleichgültig zugehört habe. Ich muß es für unerhört erklären, wie Hr. Richter solche Vorwürfe gegen ein ganzes Bundesland und seine Institutionen zu erheben sich für berechtigt halten konnte. Die Redefreiheit in solchem Umfange bei so geringer Begründung des Vorgelegenen scheint mir fast eine Gefahr geworden zu sein. (Hört! hört! links.) Wenn Herr Richter die Schriften der Socialisten gelesen hätte, dann würde er sich nicht für die Socialisten in das Zeug legen, für eine Gesellschaft von Verführern, die über das ganze Reich verbreitet ist. Deshalb können wir nicht für einen Antrag stimmen, der nur den Socialisten dient. Ich stimme für den Antrag, welcher von der anderen Seite des Hauses eingebracht ist. (Beifall rechts.)

Abg. Träger (frei.): Ich bin nicht der Ansicht des Herrn Müller, daß wir mit unserem Antrag der Zuständigkeit des Bundesraths, wie unserer eigenen zu nahe treten. Wer sein Recht gebraucht, kränkt niemanden. Hr. Müller hat sich ganz auf den Standpunkt der Wahlprüfungscommission gestellt und zornig diejenigen angefahren, die an der Souveränität und Einheit der Wahlprüfungscommission zweifelten. Die Wahlprüfungscommission hat in langjähriger Gewohnheit sich der Schablone zugewandt, die einzelnen Verträge nicht auf ihren Gehalt zu prüfen, sondern nur auf ihre zahlenmäßige Wirkung auf das Wahleresultat zu sehen. Deshalb ist der Schluß, als ob mit dem Votum der Wahlprüfungscommission auch die Verträge gebilligt werden, unzutreffend. (Sehr wahr! links.) Ich gehöre zu den Optimisten, die von vornherein der Meinung sind, daß jeder Beamte sich möglichst bestreht, richtig zu handeln. Aber warum kommen denn immer nur Verträge nach der einen Seite vor? Warum werden nur Stimmzettel confiscirt von allen Oppositionsparteien? Haben Sie jemals gehört, daß man Stimmzettel der Conservativen beschlagnahmt, daß Versammlungen der Cartellparteien verboten sind? Wenn man alle Beamte für gewissenhaft hält, wie kommt es, daß regelmäßig die Beamten sich nach derselben Seite irren? Da kann man nur sagen, die Beamten glauben nicht eine Rechtsverletzung zu begehen, sondern ihre Pflicht zu erfüllen. Dieser Glaube wird von der Regierung genährt. Die Regierung verlangt von den Beamten, daß sie alles thun, um eine der Regierung angenehme Wahl zu Stande zu bringen. Wenn bestimmte Parteien in nicht missverstehender Weise von sehr hoher Stelle herab als Parteien gekennzeichnet werden, gegen die zu kämpfen Pflicht der Regierung und der Staatsverwaltenden Elemente ist, so heißt das weiter nichts, als gewisse Oppositionsparteien außerhalb des Gesetzes zu stellen. (Sehr gut! links.) Ein derartiger Zustand wird nicht eher anders werden, als bis die Regierung aufhört, die Wahlmacht als einen Theil der Regierungsmacht und als den gelungensten zu betrachten. Wie früher zu einer längst überwundenen Zeit der Parabelmarch als die höchste Blüthe der militärischen Kunst galt, so wird auch jetzt die Herbeischaffung gelungener Wahlen als der höchste Triumph der Regierung angesehen. So lange die Regierung selbst die Wahlen als einen Kampf ansieht, in dem sie sich gegen einzelne Parteien befindet, so lange kann man es den Beamten auch nicht übel nehmen, wenn sie in übertriebenem Pflichteifer Verträge gegen die gesetzlichen Bestimmungen begehen. Deshalb mußte der Antrag an die Regierungen gerichtet werden, sich bei den Wahlen neutral zu verhalten und dieselbe Neutralität den Beamten zur strengsten Pflicht zu machen. Jedenfalls ist unser Antrag vollkommen gerechtfertigt. Jeder von Ihnen wird aus eigener Praxis und Erfahrung Fälle genug finden, in denen allerdings diejenige Freiheit, die dem Staatsbürger zur Zeit der Wahlen garantiert ist, ihm zum Schaden oder Nutzen ausgelegt worden ist. (Beifall links.)

Ein abermaliger Berathungsantrag der Linken wird abgelehnt; von conservativer Seite wird Schluß der Debatte beantragt, es stellt sich aber jetzt die Beschlußunfähigkeit des Hauses heraus.

Nächste Sitzung: Dienstag.

Deutschland.

* Berlin, 11. Noobr. Die Kaiserin Friedrich benutzt die Tage ihres Athener Aufenthalts vornehmlich zum Studium der griechischen Alterthümer. In Begleitung der ersten Kunstkenner und Archäologen Athens, sowie in der Gesellschaft des Erbprinzen von Sachsen-Meinungen, Dr. Schlemmings und des Direktors der deutschen Schule, Herrn Thiersch, beschäftigt die hohe Frau täglich mehrere Stunden lang die Museen und Baudenkmäler Athens. Die Kaiserin hat den Wunsch ausgesprochen, einen Ausflug nach Olympia und Athen zu unternehmen, wobei sie das kronprinzliche Paar, sowie Dr. Schlemmings begleiten wird. Von dieser Reise wird die Kaiserin am 19. November wieder in Athen zurück sein, um daselbst am 21. ihren Geburtstag im Kreise der griechischen Königsfamilie zu verbringen. Tags darauf erfolgt alsdann die Abreise der Kaiserin und der beiden Prinzessinnen, doch wird die königliche Familie sie bis Aorinth begleiten.

* Das kaiserliche Abtheilungsquartier in Frankfurt a. M. Die „Post“ sucht die Einrichtung eines kaiserlichen Abtheilungsquartiers in Frankfurt a. M. zu begründen, indem sie auseinanderlegt, daß Kaiser Wilhelm I. nach Einverleibung der Stadt Frankfurt in den preussischen Staat die Aneignung des ehemaligen Bundespalastes und den Bau eines neuen Schlosses abgelehnt habe. Er habe sich mit der Einräumung eines Abtheilungsquartiers in dem damaligen Postgebäude begnügt, weil eine größere oder längere Hofhaltung für Frankfurt doch nicht in Aussicht stehen würde. Für gewöhnliche Reisen böie dann das daneben belegene Hotel de Russie Gelegenheit zur Entnahme der Speisen, zur Logirung der Damen, Herren und Gefolge und Unterbringung der Dienerschaft. Es seien dann zwei Wohnungen für

Waggon loco flauer, per Tonne von 1000 Kgr.
 grobgeräthet per 120% tranfit 108 M. bei.
 Regulirungspreis 120% telebor infanterischer 160 M.
 unterpoin. 109 M. tranfit 108 M.
 Auf Cieferung per Noobr. inländ. 159 M. Br., tranfit
 106 Br., 105 M. Gb., per Noobr.-Debr. inländ.
 158 M. Br., tranfit 105½ M. Gb., per April-Mai
 inl. 161½ M. Br., 181 M. Gb., do. tranfit 111 M.
 Br., 110½ M. Gb.
 Werthe per Tonne von 1000 Kilogr. große 101/2% 122
 Mäbe, ruff. 95—111¼ 95—112 M. bei.
 Riete per 50 Kilogr. zum Seeport. Weizen 4 15 M. bei.
 Strohpreis per 1000 % Eier loco continentrif 50¼ M.
 Gb., per Noobr.-April 50 M. Gb., nicht continentrif
 30¼ M. Gb., per Noobr.-April 30¼ M. Gb.
 Noobrucker anfangs fest, Schluss ruhiger, Rendement 88%
 Transfpreis franco Neufahrwasser 1155—1175 M. bei.
 Rendem. 75% Transfpreis franco Neufahrwasser 880

M bei, per 50 Kilogr. incl. Sach.
Norkeim-Rut der Kaufmannschaft.
 Paris, 12. November.
 Getreidebörse. (H. v. Norkeim.) Wetter: Schön.
 Wind: W.
 Weizen, Inländischer unverändert, transfit in matterer
 Tendenz. Bezahlt wurde für inländischen hellbunt leicht
 bezogen 125½ 174 M hellbunt 124½ 176 M weiß
 etwas krank 125½/6 175 M weiß alt 122½ 173 M alt
 fein weiß 130½ 182 M. Sommer- 118/19½ 168 M
 128½ 171 M für polnischen vom Transfit bunt 126½/6

133 M., 128½ 134 M., aubunt 124½ 132 M., hellbunt
alt 127½ 133½ M., hochbunt glasis 130½ und 131½
145 M., für ruffischen zum Transit roth 124½ 124 M.
Chirka 118½ 115 M., 118½ 120 M. per Tonne
Termine: Roobr. transit 134 M. bei., Roobr. Debr. zum
freien Berkehr 178½ M. Gd., transit 134 M. bei. Der-
Januar transit 124½ M. Br., 134 M. Gd. April Mai
zum freien Berkehr 157 M. Gd., transit 140½ M. bei.
Juni-Juli transit 143½ M. Br., 143 M. Gd. Regu-
lirungspreis zum freien Berkehr 178 M., transit 135 M.
Roggen flau und etwas niedriger. Beisalt ill russ. zum
Transit 128½ 108 M. per 120½ per Tonne. Termine:
Roobr. inländ. 159 M. Br., transit 106 M. Br., 105½ M.
Gd., Roobr. Debr. inländ. 158 M. Br., transit 105½ M.
bei., April-Mai inländ. 151½ M. Br., 161 M. Gd., transit
111 M. Br., 11½ M. Gd. Regulirungspreis inländisch
160 M. untergepöcht 109 M., transit 108 M. Gd. und
200 Tonnen.
Gerste flauer. Beisalt ill inländische grobe mit Geruch

Getreide-Maler, bezieht in unvollständiger Größe 50
 161/2 M. 122 M., raffische zum Transf. 55 1/2 M., 100%
 95 M., 110% Geruch 100 M., 102% 100 M., 104% 103 M.
 hell 105% 1/2 M., weiß 105% und 12% 112 M., 108%
 113 M. per 100. — Safer ohne Handel. — Stiefen inländ.
 Victoria etwas krank. — M. per Tonne bezahlt.
 Meisenfeld zum Geoprot. grobe 4 1/2 M. mittel
 4 1/4 M. vor 50 Rthl. zum Geoprot. Spiritus contingentir
 loco 50 1/4 M. Ed. Novbr.-April 50 M. Ed., nicht
 contingent. loco 50 3/4 M. Ed., Novbr.-April 30 1/2 M. Ed.

Schiffsliste:

Reisfahrwasser, 11. November. Wind: NW.
 Abgehommen: Fountains Abbey (ED.), Schmitz.
 Mühlsteal, Ellen und Schlacke. — Neva (ED.), Belf.
 Finborsal via Stettin. Güter. — Borussia, Jelfin, Neva.

Caffee, bitt. v. Sittich, Güter. — Brahma, Aina, New-
 castle, Koblen. — Charlotte (GD.), Zach, Malmoe, Leer.
 — Dreymann (GD.), Kall, Stettin, Güter. — Fia (GD.),
 Anderson, Stettin, Güter.
 — Geselet, Civia (GD.), Rühke, Flensburg, Alje.
 — Adele (GD.), Arnsfeldt, Alje, Güter. — Ceres (GD.),
 Schaepe, Amherdam, Güter.
 12. November. Mind: M.
 Angekommen: Amalia (GD.), Rathke, Rügenwalbe, Leer.
 Im Ankommen: Bark „Woban“.
 11. November.
Holltransporte.
 Stromad: 2 Traffen Kiefern Balken, Rußland-Her-
 mann, Hoffmann, Duske, Siegeshrant.
 1 Traff Kiefern Mauerlaten, Rußland-Nasperowit,
 Wianesht, Sebrovski, Aljas Alinne.
 4 Traffen Kiefr. Mauerlaten und Sieepers, Rußland-
 Heller, Fegen, Duske, Krovi.
 1 Traff eichene Schwellen, Blancons, Kiefern Rantholz,
 Rußland-Beyer u. Alinsche, Bornmann, Sebrovski.

Thorner Weichel-Rapport.
 Thörn, 11. November. Wasserstand plus 1.83 Meter.
 Wind: N. Wetter: klar, kalt.
 Stromaut:
 Von Danija nach Thörn: John, 1 Ölierdampfer,
 harber, diverse Güter.
 Stromab:
 Eigan, 3 Trakten, Ehrlich, Koch, Danija, 1637
 Plancons, 3 Rundhieserne, 2198 Mauerlatten, 377 Gleeper,
 710 eichene, 1482 hieserne Eisenbahnschwellen.
 Gasse, 4 Trakten, Habermann, Schlips, Stettin.
 482 Plancons, 1018 Balhen.
 Giadomski, 1 Rahn, Schneider, Rieszawa, Thörn.
 30 000 Agr. Feldsteine.
 Neitalen, 4 Trakten, Seelig u. Co., Lemberg, Danija,
 10 Plancons, 1696 Mauerlatten, 271 Gleeper, 800 St.
 Stabholz, 1180 eichene, 6418 runde eichene Eisenbahn-
 schwellen.
 Klein, 3 Trakten, Raab, Christonapel, Danija, 293
 Plancons, 1487 Mauerlatten, 120 Gleeper, 2200 St.
 Stabholz, 320 eichene, 3120 runde eichene, 60 hieserne
 Eisenbahnschwellen.
 Thörn, 11. November. Wasserstand plus 1.83 Meter.
 Wind: N. Wetter: klar, kalt.

Goldglaz, 3 Traffen, Schuh, Dorokuya, Brahembünde.
321 Balken, 5279 Mauerlatten, 1540 Cleper, 211
ichene. 1911 runde eigene, 1552 kisterne Eisenbahnbohm.
Sommerfeld, 1 Aahn, Tajans, Bielawn, Thorn.
5 850 Rgr. Aleie.
Majewski, 1 Aahn, Tajans, Bielawn, Thorn.
5 143 Rgr. Aleie. 30 000 Rgr. Delkhuden.

Meteorologische Depesche vom 12. November.
Morgens 8 Uhr.
(Telegraphische Depesche der „Danz. Zig.“)

Stationen.	Bar. mm	Wind.	Wetter.	Tem. Cels.
------------	------------	-------	---------	---------------

Willoughmore	768	G	5	bedeckt	11
Werthen	768			wolkig	9
Wrighttuns	765	GH	5	wolkig	10
Wopdagen	771	IB		Rebel	6
Wostholm	769	IB	2	bedeckt	1
Waparrara	759	fill		halb bed.	-2
Watersburg	765	RT	2	bedeckt	-1
Woskau	763	RTT	1	bedeckt	-1
York, Queensstown	769	GD	4	bedeckt	11
Yorksburg	770	GD	3	bedeckt	10
Yelder	774	GD	1	Rebel	3
Yell	771	IBRT		wolkig	9
Yewburg	775	IGIB	2	bedeckt	2
Yewinslande	774	IGIB	2	bedeckt	3
Yewfrawasser	773	GD		heiter	1
Yemel	772	RTT	3	wolkig	5
Yaris	771	RD	2	wolkentlos	0
Yankes	774	RD		wolkentlos	-1

Amfter	774	RD	1	wolhenlos	-1	1
arlsruhe	773	RD	1	better		
riesbaden	774	RD	2	wolhenlos	2	2)
dingen	773	D	2	wolhenlos	-2	
memm	777	GD	1	wolhenlos	-1	3)
ertlin	776	W	2	bedekt	-2	2
ien	775	RD	1	weltig	1	1
reslau	775	RD	2	bedekt	1	1
de Rir	785	GD	3	Dunst	6	
iso	788	RD	2	weltig	12	

rieth	760	DAD	2	wolkig	12
rieth	771	AD	6	wolkiges	7

1) Reif. 2) Reif. 3) Reif.

Scala für die Windstärke: 1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig. 5 = frisch, 6 = stark, 7 = heftig, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Beobachtung der Differenz.

Mittel- und Gübeuropa stehen unter dem Einflusse eines umfangreichen barometrischen Maximums, dessen Kern der Schleien und Böhmen liegt, charakterisirt durch abiges, theils heiteres, theils nebligcs und meist kaltes Wetter. In Deutschland theils vielfach wieder Nachfröhe vor, in Bayern liegt die Temperatur bis zu 3 Grad unter dem Gefrierpunkte und 6 Grad unter der normalen.

Deutsche Seewarte.

Meteorologische Beobachtungen.

Stde.	Barom. Stand mm	Thermom. Celsius.	Wind und Wetter.
1	769.0	+ 5.8	NRM, frisch b. mäh. a. trübe und regnerich.
2	772.3	+ 1.0	MGW, mählg. ein. Wolken.
12	772.4	+ 5.2	W, " " "

Tagesanmontliche Beobachtung für den politischen Theil und sonstige Nachrichten: Dr. B. Hermann, — das Seestellen und Meteorologische. — Baden, den lokalen und provinziellen, Sonder-, Marine- und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inlandsteil: A. B. Sagemann, sämmtlich in Danzig.

hierzu eine Beilage.

Beilage zu Nr. 17987 der Danziger Zeitung.

Dienstag, 12. November.

Am 13. Novbr.: **Danzig, 12. Nov.** Fr.-A. 8.22, G.-A. 7.25, H. 4.4. **Wetterausichten für Mittwoch, 13. November,** auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Wolkig, vielfach trübe, Regenfälle; sehr windig; normale Wärme. Starke bis stürmische Winde in den Küstengegenden.

Für Donnerstag, 14. November: Wolkig, nasskalt, vielfach trübe mit Niederschlägen; mäßige Winde. Zeitweise aufklarend. Nachts Frost.

Für Freitag, 15. November: Veränderlich, wolkig mit Sonnenschein; kalte Luft, auffrischende Winde. Nachfröste. Stellenweise Niederschläge.

Für Sonnabend, 16. November: Wolkig mit Sonnenschein, meist bedeckt, Niederschläge; kalte Luft vielfach, neblig; lebhaft Winde, stark bis stürmisch in den Küstengegenden.

* **[Danziger Cellulose-Fabrik.]** Die am Sonnabend in Berlin abgehaltene General-Versammlung der (meistens auswärts wohnenden) Actionäre dieser Fabrik nahm den vom Aufsichtsrathe und vom Vorstande vorgelegten Bericht, sowie die Bilanz und das Gewinn- und Verlust-Conto pro 1888/89 entgegen und ertheilte dafür Decharge. Ein Gewinn konnte für dieses Geschäftsjahr nicht vertheilt werden, dagegen wurden von dem Brutto-Gewinn von 9977 Mk. 8500 Mk. zur Abschreibung auf Maschinen-Conto veranlaßt.

* **[Neue Postanstalt.]** Am 16. November tritt in Conzynn bei Sierakowit eine Postfiliale in Wirkksamkeit, welche mit dem Postamt in Sierakowit durch den Landbriefträger J. S. in Verbindung gesetzt wird.

* **[Lotterie.]** Die Ziehung der dritten Klasse der preussischen Lotterie findet am 9., 10. und 11. Dezember statt. Die Erneuerung der Loose zu dieser Klasse muß bis spätestens 5. Dezember geschehen.

* **[Bildungsverein.]** Gestern Abend hielt aus Anlaß der Geburtstage Luthers und Schillers Herr Archidiaconus Bertling einen Vortrag über die Bedeutung Luthers und Schillers für die politische und geistige Entwicklung des deutschen Volkes. Luther war, wie der Vortragende ausführte, ein Kind seiner Zeit, der das aussprach und zur Ausführung brachte, was die Geister seit langer Zeit erfüllt hatte. In enger Klosterzelle aufgewachsen, versuchte er zunächst seine Gedanken unter den Gelehrten zur Discussion zu bringen und stellte deshalb seine 95 Thesen in lateinischer Sprache auf. Erst in dem Kampfe, der sich darauf entspann, in dem lebhaften Wiederhall, den sein Vorgehen in der deutschen Nation fand, kam ihm das Bewußtsein der Tragweite seiner Lehren und mit diesem Bewußtsein der feste Entschluß, seinen Kampf mit dem mächtigen Rom weiter zu führen, und so frohe Siegesbewußtsein, das auf seine Zeitgenossen so unwiderstehlich einwirkte. Mit seiner reformatorischen Thätigkeit legte er den Grund zu neuen Anschauungen,

die heute für Protestanten und Katholiken maßgebend geworden sind. Seiner Lehre verdanken wir die Duldung, die uns heute in den Stand setzt, mit Andersgläubigen friedlich zusammen zu wohnen, obwohl ihm, dem Sohne des sechzehnten Jahrhunderts, der Begriff der Duldung, wie er uns heute geläufig ist, noch unbekannt war. In seiner Schrift „an den christlichen Adel deutscher Nation“ stellte er zuerst den Begriff der Staatshoheit auf. Ein drittes unsterbliches Verdienst hat sich Luther durch seine Bibelübersetzung und seine Schriften erworben. Was den höchsten Dichtern des Mittelalters nicht gelungen ist, die Verschmelzung des Niederdeutschen mit dem Hochdeutschen, hat er zu Stande gebracht und aus der trockenen mitteldeutschen Kanzleisprache das geistige Band geschaffen, welches die ganze deutsche Nation umfaßt. Vor allem aber wird das deutsche Volk seine gewaltige Persönlichkeit lieb und theuer behalten, die deshalb für einen Ausländer unverständlich bleiben wird, weil in ihr jede Eigenheit des deutschen Volkscharakters ausgeprägt ist. Eine lange traurige Zeit der politischen und geistigen Erschlaffung folgte nach Luthers Tode, bis am Ende des vorigen Jahrhunderts das deutsche Volk zu neuem Leben erwachte. Wie Luther in der Reformationszeit, hat Schiller damals durch seine edle Persönlichkeit dieses Wiedererwachen gefördert und geleitet. Er sprach in seinen Werken mit hinreißendem Schwung und poetischer Begeisterung aus, was mit ihm die Besten der Nation dachten, und machte es zum Gemeingut des ganzen Volkes. Er starb 1805 und hat somit weder den tiefen Sturz, noch die glänzende Erhebung Deutschlands erlebt, und doch war es sein Geist, der in dem Geschlechte der Freiheitskriege lebendig war. Luther und Schiller waren Vorkämpfer des deutschen Volkes in dem Streite um die freigeistige Entwicklung, und in diesem Kampfe, der auch heute noch nicht beendet ist, sollen sie uns zum Vorbilde dienen. — Die zahlreich erschienenen Zuhörer dankten dem Vortragenden für seine anregenden Ausführungen durch lebhaften Beifall.

* **[Streckenarbeiter bei der Eisenbahn.]** Zur Vermeidung von Unfällen soll fortan, nach einer neuen Verfügung der Bromberger Eisenbahn-Direction, darauf gesehen werden, daß Personen, welche als Streckenarbeiter bei der Bahn beschäftigt werden, während des Dienstes nicht mit langen Röcken, Blousen oder dergl. bekleidet sind, da solche Personen häufig bei Annäherung des Zuges von der Maschine erfasst werden und verunglückt sind.

* **[Christburg, 12. Novbr.]** Nach einer Verordnung des Regierungspräsidenten vom 1. d. M. ist nunmehr auch der Handel mit Ferkeln bis zu 6 Monaten auf den Wochenmärkten untersagt worden. Durch dieses Verbot erleiden unsere sämtlichen Geschäftsleute die weitgehendsten Nachteile und Verluste; denn gerade der Schweinemarkt war derjenige, welcher Leben in die Geschäftswelt brachte.

* **Rosenberg, 11. Novbr.** Auch Rosenberg soll nunmehr ein Schlachthaus erhalten. Die Stadtverordneten-Versammlung bewilligte in ihrer letzten Sitzung die Kosten für die erforderlichen Vorarbeiten und wählte eine aus den Herren Bürgermeister Th. Fleischer, meißter Kleroch und Bürgermeister Hancke bestehende

Commission, welche sich die in den benachbarten Orten bestehenden Schlachthauseinrichtungen ansehen soll.

* **Di. Enslau, 11. Nov.** Gegen die Gemeindevorwählerliste zur Stadtverordnetenwahl pro 1889 wurde von einem stimmberechtigten Wähler Einspruch erhoben, weil darin die königl. Ostbahn als Wählerin aufgeführt stand und danach die Wahlabtheilungen gebildet waren. Mithin wäre die Bahn stimm- und wahlberechtigt. Dieser Einspruch wurde von der Stadtverordneten-Versammlung mit geringer Mehrheit als unbegründet zurückgewiesen, obgleich Einsprucherheber, welcher gleichzeitig Stadtverordneter ist, seinen Einspruch in der betreffenden Sitzung auf § 8 der Städteordnung stützte und nachwies, daß bereits beratige Entscheidungen vom Obergerichtsgericht getroffen sind. Selbst der Vorsitzende (ein Jurist) konnte sich von der Richtigkeit dieser Begründung nicht überzeugen. Der Bezirksausschuß zu Marienwerder hat nunmehr auf die gegen diesen Beschluß gerichtete Klage erkannt, daß der gefasste Beschluß, weil der Einspruch gerechtfertigt ist, aufzuheben sei. Zur Begründung wird angeführt: „Nach dem klaren Wortlaut des § 8 der Städteordnung müssen juristische Personen, um wahlberechtigt zu sein, sowohl an directen Staats-, als an Gemeinde-Abgaben mehr als einer der höchstbesteuerten Einwohner entrichten. Der Fiskus entrichtet in Di. Enslau directe Staatsabgaben garnicht und ist daher nicht wahlberechtigt. Die Richtigkeit dieser Gesetzesauslegung ist von dem königl. Obergerichtsgericht in der Entscheidung vom 18. Januar 1887 anerkannt und überzeugend nachgewiesen worden; daselbst wird der Sach festgesetzt, daß auf Seite des Fiskus die Möglichkeit einer Wahlberechtigung ausgeschlossen ist.“ — Sämmtliche Kosten des Processes fallen selbstredend der Commune zur Last.

Vermischte Nachrichten.

Aän, 11. Novbr. Der dänische Consul Brand aus Amsterdam hat sich aus bisher nicht bekannt gewordenen Motiven in einem hiesigen Hotel erhängt.

Börsen-Depeschen der Danz. Zeitung.

Hamburg, 11. Novbr. Getreidemarkt. Weizen loco fest, holsteinischer loco neuer 175—184. — Roggen loco fest, mecklenburgischer loco neuer 170—175, russ. loco fest, 110—116. — Hafer fest. — Gerste fest. — Rübsöl (unverzollt) ruhig loco 71. — Spiritus besser, per Nov.-Debr. 21 1/4 Br., per Dez.-Jan. 21 1/4 Br., per April-Mai 21 1/4 Br., per Mai-Juni 21 1/4 Br. — Kaffee fest, Umsatz 2500 Sack. — Petroleum fester. Standard white loco 7 1/4 Br., per Debr. 7 30 Br. — Wetter: Schön, Nachtfrost.

Hamburg, 11. Novbr. Zuckermarkt. Rübenroh Zucker 1. Product, Basis 88 % Rendement, neue Ufance, f. a. B. Hamburg per Novbr. 12.05, per Debr. 12.30, per März 12.72 1/2, per Mai 12.92 1/2. Fein.

Hamburg, 11. Novbr. Kaffee. Good average Santos per November 82 1/2, per Dezember 83 1/4, per März 77 1/4, per Mai 77 1/4. Raum behauptet.

Lyre, 11. Novbr. Kaffee. Good average Santos per Dezember 100, per März 96.00, per Mai 95.75. Fein.

Bremen, 11. November. Petroleum. (Schlußbericht.) Schwächer. Standard white loco 7.30 Br. **Mannheim, 11. Novbr.** Getreidemarkt. Weizen per Novbr. 19.45, per März 20.00, per Mai 20.25. — Roggen per Novbr. 16.65, per März 17.00, per Mai 17.15. — Hafer per Novbr. 14.75, per März 15.40, per Mai 15.50.

Frankfurt a. M., 11. Nov. Effecten-Societät. (Schluß.) Credit-Actien 26 1/2, Francofen 24 1/4, Lombarden 111 1/4, Galizier 161, 4 % ungar. Goldrente 88.20, Gotthardbahn 174.30, Disconto-Commandit 236.80, Dresdener Bank 172.90, Laurahütte 169.40, Eßlon 217, Darmstädter Bank 175.60. Schwach.

Wien, 11. Novbr. (Schluß-Course.) Oesterr. Papierrente 85.75, do. 5 % do. 101.00, do. Silberrente 86.10, 4 % Goldrente 109.50, do. ungar. Goldr. 101.30, 5 % Papierrente 97.50, 1860er Loose 139.50, Anglo-Aust. 148.10, Länderbank 221.50, Creditact. 312.85, Unionbank 242.00, ungar. Creditactien 333.25, Wiener Bankverein 117.50, Böhm. Westbahn —, Böhm. Nordbahn —, Buda. Eisenb. 394, Dug.-Bodenbacher —, Elbethalbahn 220.25, Nordbahn 2595.00, Franzosen 242.75, Galizier 190.00, Cernberg-Giern. 235.50, Lombarden 132.75, Nordwestbahn 192.00, Parubitzer 163.75, Alt. Mont. Act. —, Tabakactien 117.00, Amsterdamer Wechsel 98.55, Deutsche Plätze 58.45, Londoner Wechsel 116.15, Pariser Wechsel 47.25, Napoleons 9.48, Marknoten 58.47 1/2, Russ. Banknoten 1.24, Silbercoupons 100.

Amsterdam, 11. November. Getreidemarkt. Weizen auf Termine höher, per Nov. —, per März 197. — Roggen loco höher, auf Termine geschäftlos, per März 146—145—146—147—148, per Mai 146—147. — Rübsöl loco 36 1/2, per Dezember 36 1/4, per Mai 34 1/2.

Antwerpen, 11. Nov. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen fest. Hafer fest. Gerste behauptet.

Antwerpen, 11. Nov. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß loco 17 1/2 bez. und Br., per Novbr. 17 1/4 Br., per Dezember 17 1/4 Br., per Januar-März 17 1/4 Br. Ruhig.

Paris, 11. November. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Nov. 23.10, per Debr. 22.25, per Januar-April 22.75, per März-Juni 23.10. — Roggen ruhig, per Novbr. 14.25, per März-Juni 15.25. — Weizen ruhig, per Novbr. 50.60, per Debr. 51.25, per Januar-April 51.75, per März-Juni 52.30. — Rübsöl fest, per Nov. 74.25, per Dez. 74.50, per Januar-April 75.50, per März-Juni 72.75. — Spiritus ruhig, per Novbr. 36.75, per Dezember 36.75, per Januar-April 38.00, per Mai-August 39.50. — Weiter: Bedeckt.

Paris, 11. Nov. (Schlußcourse.) 3 % amort. Rente 80.65, 3 % Rente 87.22 1/2, 4 1/2 % Anl. 104.85, 5 % Italien. Rente 94.20, Oesterr. Goldrente 92 1/4, 4 % ungar. Goldrente 87 1/4, 4 % Russen 1880 94.50, 4 % Russen 1889 82.20, 4 % unific. Aegyptier 462.50, 4 % span. Anleihe 74 1/2, conv. Türken 17.45, türkische Loose 78.40, 5 % priv. türk. Obligationen 462.50, Francofen 530.00, Lombarden 288.75, Comb. Prioritäten 314.00, Banque ottomane 548.75, Banque de Paris 843.75, Banque d'escompte 525.00, Credit foncier 1292.50, do. mobilier 472.50, Meridional-Actien 697.50, Panamacanall-Actien 53.75, do. 5 % Oblig. 39.25, Rio Tinto-Actien 375.00, Guayanall-Actien 2315.00, Wechsel auf deutsche Plätze 122 1/2, Londoner Wechsel kurz 25.21 1/2, Cheques a. London 25.23 1/2, Comp. d'Escompte neue 663.

London, 11. Novbr. Engl. 2 1/2 % Consols 97 1/2, preuß. 4 % Consols 108, ital. 5 % Rente 93 1/4, Lombarden 119 1/4, 4 % cont. Russen von 1889 (II. Serie) 92 1/4, conv. Türken 17 1/4, Oesterr. Silberrente 73, Oesterr. Goldrente 93, 4 % ungar. Goldrente 86 1/2, 4 % spanier 73 1/4, 5 % privilegierte Aegyptier 102 1/2, 4 % unific. Aegyptier 91 1/4, 3 % garantirte Aegyptier 100 1/4, 4 1/4 % ägypt. Tributant. 92 1/4, 6 % consol. Mexikaner 95, Ottomanbank 117 1/4, Guayanall 91 1/4, Canada-Pacific 72 1/4, De Beers-Actien neue 22 1/4, Rio Tinto 15, Rubinen-Actien 1 1/4 % Agio. Plahdiscont 3 1/2 %.

London, 11. Novbr. Die Getreidezufuhren betrugen in der Woche vom 2. Novbr. bis zum 8. Novbr.: Engl. Weizen 3557, fremder 23280, englische Gerste 2798, fremde 9603, englische Malzgerste 16671, fremde —, englischer Hafer 1270, fremder 94159, Atris. Engl. Weizen 21150, fremdes 43101 Sack und 102 Tsh.

London, 11. November. (Schluß-Bericht.) Weizen ruhig, unverändert, Mehl gefragt, mitunter theurer, fremdes 19 1/2 bis 36. Mais und Gerste anziehend. Hafer stramm, 1/2 bis 1 sh. theurer als vorige Woche. Bohnen träge. Erbsen 1/2 sh. theurer.

London, 11. November. An der Rüste 3 Weizenladungen angeboten. Wetter: Milde.

Glasgow, 11. November. Rohweizen (Schluß.) Mired numbers warrants 82 sh. — d.

Glasgow, 11. Novbr. Die Verladungen betrugen in der vorigen Woche 9300 Tons gegen 7000 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Liverpool, 11. November. Baumwoll. (Schlußbericht.) Umsatz 12 000 Ballen, davon für Speculation und Export 1500 Ballen. Stetig. Middl amerik. Cieserung: per Novbr. 5 1/16 Verkäuferpreis, per Novbr.-Dezember 5 1/16 Käuferpreis, per Dez.-Januar 5 1/16 Verkäuferpreis, per Jan.-Februar 5 1/16 do., per März-April 5 1/16 Käuferpreis, per April-Mai 5 1/16 do., per Mai-Juni 5 1/16 do., per Juni-Juli 5 1/16 Verkäuferpreis, per Juli-August 5 1/16 Käuferpreis.

Petersburg, 11. Novbr. Bankausweis. Kassenbestand 31 910 000. Discontirte Wechsel 21 079 000. Vorschuß auf Waaren 326 000, do. auf öffentl. Bonds 2 858 000, do. auf Actien u. Obligationen 12 602 000. Contocurr. des Finanzministeriums 54 970 000. Sonstige Contocurr. 23 687 000. verzinsliche Deposits 25 437 000.

Newyork, 11. Nov. Wechsel auf London 4,80 1/2. Rother Weizen loco 0,84 1/2, per Novbr. 0,83 1/2, per Dezbr. 0,84 1/2, per Mai 0,89. — Weizen loco 2,85. — Mais 0,42 1/2. — Fracht 4 1/2. — Zucker 4 1/2.

Newyork, 11. November. Visible Supply an Weizen 56 842 000 Bushels.

Produktenmärkte.

Königsberg, 11. November. (v. Vortatius u. Brothe.) Weizen per 1000 Kilogr. hochbunter 128 1/4 179 M bez.,

bunter russ. 103 1/4 111, 104 1/4 105, 109 1/4 107, 115 1/4 114, 121 1/4 125, 126 1/4 125, 129, 123 1/4 130, 124 1/4 130, 136 125 1/4 128, 129, 130, 131, 144, 128 1/4 mit Roggen 130, 127 1/4 136 M bez., gelber russ. 121 1/4 124, bel. 120, 123 1/4 127, 124 1/4 128, 125, 125 1/4 130, 131, 132, 126 1/4 132, 125 1/4 134, 130 1/4 137, 131 1/4 137, 50 M bez., rother 121 1/4 168, 128 1/4 178 M bez. — Roggen per 1000 Agr. inländ. 118 1/4 149 M bez., russ. ab Bahn 110 1/4 93, 111 1/4 94, 114 1/4 97, 115 1/4 98, 117 1/4 100, 105, 119 1/4 102, 120 1/4 103, Ausw. 100, 121 1/4 Ausw. 101, 123 1/4 106, 124 1/4 107 M bez. — Mais russ. 89, 90, 50 M bez. — Gerste per 1000 Kilogr. grobe russ. 82, 94, 96, fein 105, 114 M bez. — Hafer per 1000 Agr. 120, 142, 144, russ. 103 M bez. — Erbsen per 1000 Kilogr. weisse russ. 108, 110, 111, 112, 116, Lauben- 110, 111, 112, fein wach 110, grob 122, 125, Victoria- 165, ger. 130 M bez. — Bohnen per 1000 Kilogr. russ. Pferde- 118, 119, 50, 120, wach 85, 110, 116 M bez. — Weizen per 1000 Kilogr. russ. 123, 125 M bez. — Buchweizen per 1000 Kilogr. russ. 95, 96, 98, 99, 100, 101 M bez. — Feinfalt per 1000 Kilogr. hochfeine russ. 136, 50 M bez., feine russ. 165, 170, 172, 173, 177 M bez. — Rübsen per 1000 Kilogr. russ. 200 M bez. — Dotter per 1000 Kilogr. russ. 180, 185, 189, wach 155 M bez., Hanfsaat russ. 129, Ger. 124 M bez. — Spiritus per 100 Liter ohne Fah loco contigentiirt 51 1/2 M, nicht contigentiirt 50 1/2 M, do. per Novbr. contigentiirt 50 1/2 M, nicht contigentiirt 51 M, do. per Novbr. März contigentiirt 51 M, nicht contigentiirt 51 M, do. per Frühjahr nicht contigentiirt 51 1/2 M, do. Mat Juni nicht contigentiirt 51 1/2 M, do. — Die Notirungen für russisches Getreide gelten transito.

Stettin, 11. Novbr. Getreidemarkt. Weizen höher, loco 179—183, do. per Novbr.-Dez. 185,00, per April-Mai 190,50, do. per Mat-Juni 190,50, Roggen höher, loco 165—168, do. per Nov.-Dez. 166,00, do. per April-Mai 169,00, do. per Mat-Juni 169,00. Domm. Hafer

loco 150—155. — Rübsen fest, per November 71,00, per April-Mai 65. — Spiritus geschäftlos, loco ohne Fah mit 50 M Consumsteuer 50,50, mit 70 M Consumsteuer 31,00, per Novbr. mit 70 M Consumsteuer 30,40, per Novbr.-Dezbr. mit 70 M Consumsteuer 30,20, per April-Mai 31,50. — Petroleum loco 12,35. Berlin, 11. Novbr. Weizen loco 179—183 M, per November 186 1/4 M, per November-Dezember 186 1/2 bis 186 3/4 M, per April-Mai 185 1/2—186 1/2 M, per Mat-Juni 196—186 3/4—186 1/2 M, per Juni-Juli 197—197 1/2 M, per Roggen loco 184—174 M, per Novbr.-Dezember 170 1/2—170 M, per Dezember-Januar 170 1/4—169 1/4 M, per April-Mai 172—172 1/2 M, per Mai-Juni 172—172 1/4—171 1/4 M, per Juni-Juli 171 M, per Juli-August 169 M, — Hafer loco 160—174 M, ost- und westpreussischer 164—167 M, pomm. und uckermark. 164—167 M, schlesischer 163—167 M, feiner schlesischer 169—172 M a. D., russischer 163—169 M frei Wg., per Novbr. 162 1/4 M, per Novbr.-Dezbr. 161 1/2—162—161 1/4 M, per April-Mai 160—160 1/4 M, per Mat-Juni 16—160 1/2 M, — Mais loco 126—134 M, per Novbr.-Dezember 126 M, per April-Mai 123 1/4—124 1/4—124 1/2 M, — Gerste loco 127—205 M, — Kartoffelmehl loco 16,25 M, per Nov.-Dez. 16 M, — Feuchte Kartoffelstärke per Nov.-Dez. 7,70 M, — Erbsen loco Futterwaare 154—164 M, Rohwaare 165—205 M, — Weizenmehl Nr. 0 22,50—21,00 M, Nr. 00 25,75—24,25 M, — Roggenmehl Nr. 0 25,00—24,00 M, Nr. 0 u. 1 23,50—22,25 M, ff. Marken 25,70 M, per Novbr. 23,75—23,70 M, per Novbr.-Dezbr. 23,75—23,70 M, per Januar-Febr. 23,85—23,80 M, per April-Mai 24—23,90 M, — Petroleum loco 25 M, — Rübsen loco ohne Fah 71,3 M, per Novbr. 70,8—71,3 M, per Nov.-Dezbr. 68,8—69,2 M, per Dezbr.-Jan. 67,6—68,1 M, per April-Mai 64,9—65,4 M, — Spiritus loco unverfeuert (50 M) 51,5—51,6 M, unverfeuert (70 M) 31,9 M, per Novbr. 31,3—31,6—31,5 M, per Novbr.-

Dezember 30,8—31,2 M, per April-Mai 32,1—32,3—32,2 M, per Mat-Juni 32,4—32,5—32,5 M, — Eier per Schock 3,35—3,65 M. Magdeburg, 11. Novbr. Zuckerbericht. Kornzucker excl. 92 % 16,80, Kornzucker excl. 88 % 15,80, Kornprodukte excl. 75 % fein Rendement 13,00, Fein. f. Brodraffinade —, Gem. Raffin. II. mit Fah 28,00, Gem. Melis I. mit Fah 25,75, Fein. Rohzucker 1. Product Transito f. a. B. Hamburg per Novbr. 12,05 bez., 12 10 Br., per Dezember 12,27 1/2 bez., per Januar 12,60 bez. u. Ob., per März-April 13,00 bez. Fein.

Kartoffel- und Weizenstärke.

Berlin, 11. November. (Wochen-Bericht für Stärke und Stärkefabrikate von Mag. Gabershn. unter Zuziehung der hiesigen Stärkehändler festgestellt.) 1. Qual. Kartoffelmehl 16,00 bis 17,00 M, 1. Qual. Kartoffelstärke 16,00 bis 17,00 M, 2. Qual. Kartoffelstärke und Mehl 14,00 bis 15,00 M, feuchte Kartoffelstärke loco und Parität Berlin 7,65 M, Frankfurter Syrupfabriken zahlen 7,50 M frei Fabrik Frankfurt a. D., gelber Syrup 17,00—17,50 M, Capillair-Export 19,50—20,00 M, Capillair-Syrup 18,00—19,00 M, Kartoffelzucker-Capillair 19,00—19,50 M, do. gelber 17,50—18,00 M, Rum-Couleur 34—36 M, Bier-Couleur 34 bis 36 M, Dextrin gelb und weiß 1. Qual. 27,00 bis 28,00 M, do. secunda 24,00 bis 25,00 M, Weizenstärke (kleinf.) 38 bis 39 M, do. (großf.) 40—41 M, Salze und Schleife 40—41 M, Schabestärke 32—34 M, Maisstärke 30—31 M, Reisstärke (Strahlen) 45,50—47 M, do. (Stücken) 43—44 M, Alles per 100 Kilo ab Bahn bei Partien von mindestens 10 000 Kilogramm.

Verantwortliche Redacteurs: für den politischen Theil und vermischte Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das feuilleton und literarische: S. Köhner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseraten-Theil: A. W. Kaufmann, sämtlich in Danzig.

Berliner Fondsbörse vom 11. November.

Die heutige Börse eröffnete in festerer Haltung und mit theilweise etwas besseren Coursen auf speculativem Gebiet. In dieser Beziehung waren die günstigeren Tendenzmeldungen der fremden Börsenplätze in Verbindung mit anderen in demselben Sinne wirkenden kommerziellen Nachrichten von maßgebendem Einfluss. Das Geschäft entwickelte sich anfangs ruhig, gestaltete sich aber weiterhin lebhafter bei theilweise anziehenden Coursen; im späteren Verlaufe des Verkehrs trat in Verbindung mit einer weiteren Verflechtung des Geldstandes eine allgemeine Abschwächung ein, welche gegen den Schluß zu erheblichen Coursrückgängen führte. Der Kapitalmarkt wies nur

mäßig feste Haltung für heimische solide Anlagen bei rubigem Handel auf; fremde, festen Zins tragende Papiere konnten sich zumest ziemlich behaupten. Der Privatdiscont wurde mit 4 1/2 % notirt. Auf internationalem Gebiet waren österreichische Creditactien unter kleinen Schwankungen etwas abgeschwächt; Franzosen und Lombarden zu wenig veränderter Notiz ziemlich lebhaft. Inländische Eisenbahnactien durchschnittlich abgeschwächt, Bankactien anfangs recht fest. Industriepapiere fest und ziemlich lebhaft. Montanwerthe unter Schwankungen belebt.

Deutsche Fonds.		
Deutsche Reichs-Anleihe	3/4	107,75
do.	3/4	102,80
Reichs-Anleihe	4	108,40
do.	3/4	102,60
Staats-Schuldcheine	3/4	100,10
Preuss. Prov.-Oblig.	4	—
Westph. Prov.-Oblig.	3/4	101,20
Brandb. Centr.-Pfdbr.	4	—
Westph. Pfandbriefe	3/4	100,20
Bayerische Pfandbr.	3/4	100,50
do.	4	—
Dänische neue Pfdb.	4	100,70
do.	3/4	100,20
Westph. Pfandbriefe	3/4	100,50
do. neue Pfandbr.	3/4	100,50
Domm. Rentenbriefe	4	104,00
Preuss. do.	4	103,90
Preuss. do.	4	104,00

Ausländische Fonds.		
Defferr. Goldrente	4	93,80
Defferr. Papier-Rente	5	86,00
do.	4 1/2	79,40
do.	4 1/2	73,10
Angar. Silber-Rente	4 1/2	98,40
do. Papier-Rente	5	83,10
do. Goldrente	5	88,30
Ang. Sil.-Pr. 1. Em.	5	85,10
Russ.-Engl.-Anleihe 1870	5	—
do. do. do. 1871	5	—
do. do. do. 1872	5	—
do. do. do. 1873	5	—
do. do. do. 1874	4 1/2	101,60
do. do. do. 1880	4	92,90
do. Rente	5	114,00
Russ.-Engl.-Anleihe 1884	5	—
do. Rente	5	102,60
Russ.-Anleihe von 1889	5	92,40
Russ. 2. Orient-Anleihe	5	64,90

Ruff. 3. Orient-Anleihe		
do. Stiegl. 5. Anleihe	5	65,60
do. do. 8. Anleihe	5	97,40
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	—
Poln. Liquidat.-Pfdbr.	5	57,40
Italienische Rente	5	83,80
Rumänische Anleihe	5	108,80
do. fundirt. Anl.	5	101,30
do. amort. do.	5	98,80
Türk. Anleihe von 1888	1	17,40
Serbische Gold-Pfdbr.	5	87,20
do. Rente	5	84,60
do. neue Rente	5	85,10

Hypotheken-Pfandbriefe.		
Dans. Hypoth.-Pfandbr.	4	102,50
do. do. do.	3 1/2	97,50
Holl. Grundsch.-Pfdbr.	4	102,50
Hamb. Hyp.-Pfandbr.	4	101,30
Meininger Hyp.-Pfdbr.	4	102,00
Nordb. Grd.-Sch.-Pfdbr.	4	102,00
Domm. Hyp.-Pfandbr.	5	—
2. u. 4. Em.	5	—
2. Em.	4 1/2	—
1. do.	4	88,25
Pr. Bod.-Cred.-Act.-Bk.	4 1/2	114,80
Pr. Central-Bod.-Cr.-B.	5	—
do. do. do.	4 1/2	—
do. do. do.	4	100,80
Pr. Hypoth.-Actien-Bk.	4	102,50
Pr. Hypoth.-B.-A.-G.-C.	4 1/2	100,10
do. do. do.	4	102,20
do. do. do.	3 1/2	—
Stettiner Nat.-Hypoth.	5	—
do. do.	4 1/2	106,50
do. do.	5	101,00
Poln. landchaftl.	5	62,60
Russ. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	104,40
Russ. Central-Bk.	5	85,10

Cottier-Anleihen.		
Bad. Bräm.-Anl. 1867	4	143,90
Bader Bräm.-Anleihe	4	146,40
Braunsch. Br.-Anleihe	4	108,40
Goth. Bräm.-Pfandbr.	3 1/2	113,00
Hamburg. 50kr.-Loose	3 1/2	149,40
Röln-Mind. Br.-G.	3 1/2	142,50
Lübeck. Bräm.-Anleihe	3 1/2	135,00
Defferr. Loose 1884	4	118,20
do. Cred.-L. v. 1888	4	325,00
do. Loose von 1880	5	123,50
do. do. 1884	5	316,75
Dresdener Loose	3	136,10
Pr. Bräm.-Anleihe 1885	3 1/2	158,00
Raab-Grat. 100kr.-Loose	4 1/2	167,10
Russ. Bräm.-Anl. 1864	5	163,60
do. do. von 1888	5	—
Ung. Loose	—	256,00

Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Actien.		
Div. 1888.		
Aachen-Mastricht	70,50	2 1/2
Berl.-Dresd.	—	—
Main-Ludwigshafen	125,30	4 1/2
Mariemb.-Mlawk-St.-A.	64,40	3
do. St.-Pr.	116,90	5
Nordhausen-Erfurt	—	—
do. St.-Pr.	—	—
Ostpreuss. Südbahn	97,75	5
do. St.-Pr.	117,25	5
Saal-Bahn St.-A.	49,75	—
do. St.-Pr.	114,60	5
Stargard-Posen	103,50	4 1/2
Weimar-Sera gar.	23,10	—
do. St.-Pr.	100,00	2 1/2

+ Zinsen vom Staate gar. Div. 1888.		
Galizier	81,00	4
Gothardbahn	174,70	6
Kronpr.-Rud.-Bahn	—	4 1/2
Lüttich-Limburg	25,80	—
Defferr.-Fram. St.	104,00	3,70
+ do. Nordwestbahn	81,80	4 1/4
do. Ost-B.	93,75	5
+ Reichend.-Pardub.	127,25	5
+ Russ. Staatsbahnen	89,80	7,46
Russ. Südbahnen	119,50	4 1/2
Schwed. Unionb.	37,50	—
Güldferr. Lombard	57,00	1
Warschau-Wien	191,50	—

Ausländische Prioritäts-Actien.		
Gothard-Bahn	106,20	5
+ Aach.-Oberb. gar. l.	87,30	—
do. do. Gold-Pr.	101,40	—
+ Kronpr.-Rudolf-Bahn	80,50	—
+ Defferr.-Fr.-Staatsb.	83,50	—
+ Defferr. Nordwestbahn	91,60	—
do. Elbthalb.	89,70	—
+ Güldferr. B. Comb.	62,60	—
+ do. 5% Oblig.	101,60	—
+ Ungar. Nordostbahn	86,00	—
+ do. do. Gold-Pr.	101,60	—
+ Brest-Gravelo	96,40	—
+ Charkow-Ajow rrl.	—	—
+ Aursk-Charkow	97,75	—
+ Aursk-Kiem	89,10	—
+ Mosko-Majan	92,00	—
+ Mosko-Smolensk.	100,00	—
+ Rybinsk-Bolognoe	80,80	—
+ Rajan-Roslow	89,00	—
+ Warschau-Teresopol	100,50	5

Bank- und Industrie-Actien. 1888		
Berliner Aktien-Verein	134,00	5 1/2
Berliner Handelsges.	195,00	10
Berl. Prod. u. Hand.-A.	295,25	5
Bremer Bank	115,80	3 1/2
Bresl. Discontbank	114,75	6 1/2
Daniger Privatbank	14,00	3 1/4
Darmstädter Bank	175,50	9
Deutsche Genossenschaftsb.	135,50	7 1/2
do. Bank	171,50	9
do. Effecten u. W.	133,50	10
do. Reichsbank	134,50	5,20
do. Hypoth.-Bank	115,00	6 1/4
Disconto-Command.	237,75	12
Gothaer Grundbr.-Bk.	85,20	—
Hamb. Commerz.-Bank	136,10	7 1/2
Hannoversche Bank	114,80	4 1/2
Königsb. Vereins-Bank	107,50	6
Lübeck. Comm.-Bank	118,10	6 1/2
Magdebg. Privat-Bank	117,00	4 1/2
Meininger Hypoth.-B.	103,20	5
Norddeutsche Bank	176,00	10
Defferr. Credit-Anstalt	166,50	9,18
Domm. Hyp.-Act.-Bank	21,90	0
Dolener Provint.-Bank	—	5 1/2
Preuss. Boden-Credit	122,90	6 1/2
Pr. Centr.-Boden-Cred.	150,60	9 1/2
Schaffhaus. Bankverein	112,10	4
Schlesischer Bankverein	139,75	7
Güld. Bod.-Credit-Bk.	—	6 1/2
Danziger Deumühle	149,25	12
do. Prioritäts-Act.	135,25	10
Neufeldt-Metallwaaren	135,00	—
Actien der Colonia	99,50	—
Leipziger Feuer-Versich.	157,80	60
Bauverein Danzige	98,50	3
Deutsche Baugesellschaft	114,80	7
A. B. Omnibus-Gesellsch.	191,60	8
Gr. Berlin. Pferdebahn	269,75	12 1/2
Berlin. Dampf-Fabrik	113,25	—

Wilhelmshütte		
Oberhess.-Eisenb.-B.	113,50	5 1/2
do.	117,00	5 1/2
Berg- und Hütten-Gesellschaften.		
Div. 1888		
Dortm. Union-Bgg.	—	—
Königs- u. Laurahütte	169,75	—
Gleibitz, Zink	78,00	3 1/2
do. St.-Pr.	143,90	7 1/2
Victoria-Hütte	—	—
Wechsel-Cours vom 11. Novbr.		
Amsterdam	8 Tg.	2 1/2 186,40
do.	2 Mon.	2 1/2 187,75
London	8 Tg.	5 20,37
do.	3 Mon.	5 20,20
Paris	8 Tg.	3 80,75
Brüssel	8 Tg.	4 80,70
do.	2 Mon.	4 80,25
Wien	8 Tg.	4 170,80
do.	2 Mon.	4 169,55
Petersburg	3 Mon.	6 211,25
do.	3 Mon.	6 208,60
Warschau	8 Tg.	5 1/2 212,00
Discont der Reichsbank 5 %.		
Sorten.		
Dukaten	—	—
Sovereigns	—	20,30
20-Francs-Gt.	—	16,30
Imperial per 500 Gr.	—	—
Dollar	—	4,18
Englische Banknoten	—	20,385
Frankische Banknoten	—	80,70
Österreichische Banknoten	—	171,00
Russische Banknoten	—	213,50